Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 454

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.50, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Abend-Ausgabe

Dienstag, 12. Oktober

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3.00 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6215. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Die neue Streikwelle in Deutschland

Streik und Abwehrstreik

w. **Chemnitz**, 12. Oktober.

Der Ausstand der städtischen Arbeiter ist noch nicht beigelegt. Infolge mangels an elektrischer Beleuchtung die Post ihre Tätigkeit mit Eintritt der Dunkelheit ein. Auch die Aerzte und Zahnärzte sind in den Abwehrstreik getreten. Die Einigungsverhandlungen werden fortgesetzt.

w. **Plauen i. Vogtl.**, 12. Oktober.

Die Arbeiter der städtischen Gaswerke und des städtischen Elektrizitätswerkes sind heute früh auf Anweisung ihrer Verbandsleitung in den Ausstand getreten.

Der Berliner Zeitungsstreik

droht eine unerfreuliche Wendung zu nehmen, indem die Angestellten-Organisationen drohen, den Streik weiter auszudehnen, falls die Berliner Zeitungen außerhalb Berlins gedruckt werden sollten oder andere Druckereien in Berlin Notzeitungen herstellen. Wie die Dinge zurzeit liegen, bestehen vorläufig keine Aussichten auf Verständigung, so daß Berlin für den Oktober Zwangsleser des „Vorwärts" und der „Freiheit" bleiben wird. Beide Zeitungen haben ihre Stadtauflagen für den Straßenverkauf bedeutend vermehrt. Wie verlautet, soll der Streik auch auf die Berliner Vororte ausgedehnt werden, deren Zeitungen nach wie vor erscheinen. Auch hier wollen die Angestellten neue wirtschaftliche Forderungen erringen.

Gegenüber Putschgerüchten, die durch das Nichterscheinen der Berliner Blätter veranlaßt wurden, versicherte der Polizeipräsident Richter gegenüber einem Journalisten, daß kein Grund zu irgend welcher Beunruhigung vorhanden sei. Im Gegenteil sei die allgemeine Lage als durchaus ruhig zu bezeichnen.

Die Unruhen im Elektrizitätswerk Hegermühle

da. **Berlin**, 12. Oktober.

Das Elektrizitätswerk Hegermühle bei Eberswalde ist am 5. Oktober 1920 von aufrührerischen Elementen besetzt worden. Es wurde ein Aktionsausschuß gebildet, der den Betrieb stillgelegt hat. Am Sonntag sind, wie die „Vena" von zuständiger Stelle erfährt, sechs Hundertschaften der Berliner Polizei in Kraftwagen in Hegermühle eingetroffen und haben das Werk besetzt. Ihre Ankunft war völlig überraschend und hat daher keinen ernsthaften Widerstand gefunden. Es konnte die Technische Nothilfe unter dem Schutz der Polizei eingesetzt werden, um das Werk wieder in Gang zu bringen. Auch konnten Verhandlungen mit den aufrührerischen Elementen durch Vermittlung eines Regierungskommissars eingeleitet werden. Heute herrscht in Hegermühle Ruhe. Ein Teil der Arbeiter hat die Arbeit wieder aufgenommen. Verhandlungen werden fortgesetzt. Ein kleiner Teil der Polizei bleibt bis zur völligen Herstellung der Ordnung in Hegermühle.

Die französische Stimmung gegen Genf

Verschiebung der Konferenzaufgabe

Wie unser Berliner Vertreter von außenpolitischer Seite erfährt, sind die erneuten Einwände der französischen Regierung gegen das Zustandekommen der Konferenz von Genf darauf zurückzuführen, daß Frankreich den Glauben hegt, die Wiedergutmachungsangelegenheiten schneller und unauffälliger in der Wiedergutmachungskommission regeln zu können. Die Franzosen erklären sich gegen eine große Konferenz nicht mehr zu wollen, aber es liege ihnen daran, daß diese Konferenz nicht die Entscheidungen über die Wiedergutmachungen zu treffen habe. Die französische Regierung hat aus diesem Grunde vorgeschlagen, die Genfer Konferenz unabhängig von direkten Verhandlungen in der Wiedergutmachungskommission stattfinden zu lassen.

Verhandlungen in Genf nur auf paritätischer Grundlage

In einer Besprechung des englisch-französischen Gedankenaustausches über das Verfahren zur Festsetzung der von Deutschland geschuldeten Entschädigung führt die „D. Allg. Ztg." aus, daß Deutschland gern bereit sei, mit jeder der alliierten Mächte oder mit mehreren zusammen den Boden für die Genfer Konferenz zu einer kurzen Besprechung von Sachverständigen vorzubereiten, nur müsse darüber Klarheit herrschen, daß Deutschland an der Idee von Genf festhält. Es sei deutscherseits nichts dagegen einzuwenden, daß diese Vorerörterung in Köln stattfände, nur müßte Vorsorge dafür getroffen werden, daß nicht etwa die Kölner Zusammenkunft als ein Ersatz für die Genfer Konferenz angesehen wird. Die Idee von Genf ist, so schließt das Blatt, durch Zusicherungen festgelegt worden, und es ist selbstverständlich, daß diese Zusagen gehalten werden müssen, über die Art und Weise, wie sie ausgeführt werden, kann gesprochen werden. Es ist aber nicht möglich, daß die Natur dieser Versprechungen selbst in ihr Gegenteil verkehrt wird, indem anstatt internationaler Verhandlungen auf paritätischer Grundlage zu dem System der Ultimaten und Diktaten, wie in Spa, geschritten wird.

w. **Paris**, 12. Oktober.

Wie der Sonderberichterstatter des „Matin" aus London berichtet, hat der belgische Ministerpräsident Delacroix Lloyd George gestern den Vorschlag gemacht, in kürzester Frist in Brüssel eine Sachverständigenkonferenz, also gewissermaßen einen Wiedergutmachungsausschuß, zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzuberufen, um gemeinsam mit den interessierten Finanzministern die Entschädigungsfrage zu beraten. Der Vorschlag, zu dieser Konferenz sollte alsbald auf einer gemeinsamen Konferenz der Regierungschefs beraten werden, um einen endgültigen Beschluß zu finden. Zu beiden Beratungen solle Deutschland eingeladen werden. Delacroix glaubt, daß die englische und die französische Regierung seinen Vorschlag annehmen werde. Der Berichterstatter bemerkt jedoch, daß trotz dieser Lage sachliche Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, ob man zur Festsetzung einer Entschädigungssumme gelangen oder die von Deutschland zu zahlende Entschädigungssumme ohne Rücksicht auf die finanziellen und politischen Möglichkeiten festsetzen solle.

•

Es verdient noch hervorgehoben zu werden, daß der „Temps", und in seinen Spuren wandeln zahlreiche andere französische Organe, Stimmung gegen Genf als Konferenzort zu machen beginnen.

Ueber das Verhältnis der Deutschen Volkspartei zu den Deutschnationalen

äußerte sich der Landtagsabgeordnete Graef (Anklam) in einer deutschnationalen Versammlung in Greifswald: „Wenn die erste Vierteljahrsbilanz des Ministeriums Fehrenbach-Heinze-Simons fast nur Passiven aufzuweisen hatte, so trage zu einem guten Teil daran die Schuld die falsche Politik der Deutschen Volkspartei bei der Regierungsbildung. Der volksparteiliche Führer Dr. Mittelmann habe kürzlich in Greifswald in einer Versammlung gesagt, die Stellung der Deutschen Volkspartei sei viel zu schwach, um einen maßgebenden Einfluß innerhalb der Regierung ausüben zu können. Ganz recht: es ist eben ein fundamentaler Fehler gewesen, die Deutschnationalen von der Regierung auszuschließen. Vom einseitigen Parteistandpunkt aus können die Deutschnationalen sehr zufrieden sein, daß sie keine Verantwortung für die Reichsgeschäfte zu tragen brauchen; in höherem vaterländischem Interesse hätte es gelegen, durch die Hinzunahme der Deutschnationalen das Gewicht der ausgesprochen nationalen Elemente in der Reichsregierung zu verdoppeln. Wenn jetzt von der Deutschen Volkspartei behauptet wird, Zentrum und Demokratie hätten eine Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen verweigert, so trifft das nicht den Kern der Sache. Da die Mehrheitssozialisten fest entschlossen waren, sich nicht an der Regierung zu beteiligen, so hätten Zentrum und Demokratische Partei, um überhaupt eine Regierung zustande zu bringen, ihren Widerspruch gegen die Teilnahme der Deutschnationalen fallen lassen müssen, wenn die Deutsche Volkspartei darauf bestanden hätte. Aber die Volkspartei hat ja überhaupt keinen Versuch dazu gemacht. Sie ist von vornherein auf den Block der Mitte, auf die Koalition Stresemann bis Scheidemann losgesteuert. Sie hat den Ausschluß der Deutschnationalen von der Regierung bewußt gewollt, weil Herr Dr. Stresemann das Bedürfnis fühlt, rechts von sich ein politisches Gebilde zu haben, auf das als angeblich reaktionär er losschlagen kann, um die Daseinsberechtigung seiner eigenen Partei in ein helles Licht zu setzen. Das ist ja auch der Grund gewesen, der ihn veranlaßt hat, im vorigen Jahr einen parteimäßigen Zusammenschluß der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zu verhindern. Wir Deutschnationalen sind zu einem solchen Zusammenschluß bereit gewesen, weil wir von der Notwendigkeit durchdrungen sind, eine machtvolle Front aller zuverlässig national Empfindenden aufzurichten. Um dieses großen Zieles willen wünschen wir auch fernerhin ein freundschaftliches Verhältnis zur Deutschen Volkspartei. Aber unsere Neigung, auf die Dauer das Objekt jener Stresemannschen Prügeljungentheorie zu sein, hat ihre sachliche Grenze. Die Deutsche Volkspartei wird sich nicht beschweren dürfen, wenn wir ihr in der kommenden Landtagswahlbewegung die Gretchenfrage vorlegen: Wie hält Du's mit der Sozialdemokratie? Ist Dr. Stresemanns kürzlich geäußerter Wunsch nach einem Regierungsblock der Mitte auch in Preußen das letzte Wort der Deutschen Volkspartei? Die letzten zwei Jahre haben gezeigt, daß man mit der Sozialdemokratie nicht regieren kann, weil sie aus Angst vor den links von ihr stehenden Radikalen sich niemals entschließen wird, gelegentlich auch einmal eine unpopuläre Politik zu machen. Wer aber dazu nicht die nötige Zivilcourage aufbringt, wird den finanziellen und wirtschaftlichen Auflösungsprozeß, in dem wir uns befinden, nicht aufhalten. Der bevorstehende Abmarsch des größeren Teils der Unabhängigen in das kommunistische Lager wird die Mehrheitssozialisten noch mehr nach links drängen, da sie naturgemäß den Wunsch haben werden, die nicht nach Moskau Abwandernden wieder an sich zu ziehen. Da die Deutsche Volkspartei eine so pazifistische Politik und eine so weitgehende Sozialisierung, wie es ihr der frühere Reichskanzler Hermann Müller kürzlich als Vorbedingung einer Zusammenarbeit zugemutet hat, nicht mitmachen kann, so bleibt, da auf die Dauer weder die Mehrheitssozialisten noch die Deutschnationalen geneigt sein werden, die jetzige Minderheitsregierung am Leben zu lassen, nur die Wiederherstellung der alten Revolutions-Koalition unter Ausbootung der Deutschen Volkspartei auf Grund von Reichstagsneuwahlen im Frühjahr oder die Errichtung einer bürgerlichen Mehrheits-Regierung übrig."

Wird die Abschaffung der Flotte geplant?

Vizeadmiral a. D. Freiherr v. Maltzahn (Göttingen) gibt in den „Hamb. Nachr." bemerkenswerte Ausführungen über die sozialistischen Pläne auf Abbruch unserer Flotte. Er schreibt da:

Wenn man den in linksstehenden Blättern auftretenden Meinungsäußerungen Glauben schenken will, so erscheint es nicht ausgeschlossen, daß man im Oktober bei der definitiven Feststellung des Marineetats darauf ausgehen wird, im äußersten Falle die gesamten Mittel für die Flotte zu streichen. Dies soll geplant sein nicht nur aus Sparsamkeitsgründen, sondern auch deshalb, weil dies schließlich das einzige Mittel sei, um den Folgen der Wühlarbeit der „reaktionären Presse" die Spitze abzubrechen. Man habe lange genug auf das Sicheinfügen des Personals der Flotte in die durch Errichtung der deutschen Republik geschaffenen politischen Verhältnisse gewartet, aber das Tragen des Balkenkreuzes, des Hakenkreuzes und der schwarz-weiß-roten Kokarde in der Marine zeige immer deutlicher, wohin der Kurs gehe. Würde in diesen Dingen nicht Wandel geschaffen, so müsse eben ein Ende gemacht werden, es sei dann „die Reaktion — der Totengräber der Marine".

Tragen daran nicht gerade die sozialistischen politischen Parteien eine Hauptschuld, die schon seit Jahren in die damals kaiserliche Marine den Geist der Revolution hineintragen bemüht waren? Die bestrebt gewesen sind, durch Beeinflussung der Schiffsbesatzungen und der aus allen Gauen Deutschlands zurückkehrenden Urlauber die Flotte zum Seuchenherd für revolutionäre Bestrebungen zu machen? Die „Reaktion", über die sie jetzt Klage führen, ist doch nur dadurch entstanden, daß die vaterlandstreuen Elemente auf diese verräterische Tätigkeit durch ihren Widerstand reagierten.

Wäre nun die Abschaffung der Flotte, um dadurch den für den Staat durch die böse Reaktion entstehenden Gefahren zu entgehen, nicht eine Kur im Sinne des Doktors Eisenbart? Der Satz: das Wesen des Staates ist Macht und, wer seine Stellung anderen Staaten gegenüber wahren will, Macht in militärischem Sinne, besteht auch heute noch zu Recht. Und da sollen wir den Rest an Macht zur See, den der Wille unserer Feinde uns gelassen hat, fortwerfen aus bloßem Aerger über Hakenkreuze und schwarz-weiß-rote Kokarden? Es wäre das eine ebenso große Kurzsichtigkeit wie der Widerstand es war, den die Sozialdemokratie dem Flottengesetz entgegensetzte. Man sagte, wenn unser Seehandel des Schutzes einer Flotte bedürfe, so könnten doch die Seestädte und die Leute an der Küste die Kosten dafür tragen, die ja allein den Nutzen davon hätten. Sieht die Partei, die die Vertretung der Arbeiter zu ihrer Hauptaufgabe macht, auch heute noch nicht ein, daß das ganze Land für seinen Erwerb und für seinen Bedarf abhängig ist von der Aufrechterhaltung der Seeverbindungen? Wollen wir uns dem aussetzen, daß jeder kleine, überseeische Raubstaat, daß unsere lieben Nachbarn an der See, die Polen, uns ungestraft auf ihr Schwierigkeiten schaffen können?

Aber auf einen Hauptpunkt möchte ich noch hinweisen, der bei solchen Zerstörungsplänen für die Flotte übersehen wird: :Was wir leichtfertig fortwerfen sollen, ist, wenn wir dermaleinst erkennen, welch großer Fehler dadurch begangen worden ist, nur mit schwerer Arbeit, vielleicht aber nie wieder gut zu machen! Selbst wenn wir imstande sein sollten, uns die nötigen Schiffe wieder zu erbauen, woher soll das geschulte Personal kommen, um sie zu bemannen? Wer ersetzt uns das vergeudete Kapital an See-Erfahrung, an seemännisch-technischer Tradition? Der erste Schritt, den wir taten, als wir am Ende des vergangenen Jahrhunderts darangingen, für Deutschland eine leistungsfähige Kriegsflotte zu schaffen, war die Einrichtung dauernder Indienststellung von Schiffen und Schiffsverbänden. Denn die Besetzung jedes Einzelschiffs und jedes Geschwaders ist ein feingegliederter Organismus, der nur in stetem Zusammenhalt seine Leistungsfähigkeit bewahrt. So ist die festgefügte Kampfkraft entstanden, die in der Schlacht vor dem Skagerrak sich einem numerisch weit überlegenen Feinde gegenüber glänzend bewährt hat. Hat wohl einer der Verfechter der hier besprochenen Auflösungspläne sich klar gemacht, welchen Schaden durch ihre Durchführung dem Reiche und allen seinen Bewohnern erwüchse? Hegen und pflegen sollte man, was an militärisch-technischer Ueberlieferung im Verlaufe unserer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192010122-13/fragment/page=0001

Flotte sich aufgespeichert hat. Schickt man es heute fort, so stehen wir vor einem Nichts. Was da war, ist dann verschüttet, ein Neuanfang kaum möglich.

Es muß eben hierbei auch in Rechnung gestellt werden, daß der Weltkrieg für vieles auf der See nur ein Anfang gewesen ist. Der nächste große Seekrieg wird, wie die Dinge sich politisch und militärisch weiter zu entwickeln scheinen, zwischen Staaten ausgefochten werden, die der Ozean voneinander trennt: er wird ein Hochseekrieg im eigentlichsten Sinne des Wortes werden. Und doch ist die Frage Schlachtschiff oder Schlachtschiffskreuzer immer noch nicht entschieden, der U-Bootkrieg und die U-Boots-Abwehr, das Flugzeug und der Minenkrieg treten dann vor ganz neue Aufgaben ihrer Entwicklung. Schaffen wir unsere Flotte jetzt ab, kann sie nicht einmal als sachverständiger Zuschauer der Weiterentwicklung der Dinge auf der See folgen — die ihr aufgezwungene Beschränkung wird selbsttätige Mitarbeit auf vielen dieser Gebiete ausschließen —, so kann sie nie wieder auf der See erscheinen; ihr einmaliger Abbruch ist ihr endgültiger Tod.

Parteitag der U. S. P.

Erster Tag. Ruhiger Verlauf.

Halle, 12. Oktober.

Der mit begreiflicher Spannung erwartete Parteitag der U. S. P. hat heute um 11 Uhr vormittags im „Volkspark" in Halle seinen Anfang genommen. Lange vor Eröffnung der Verhandlungen begann ein geschäftiges Leben in den verschiedenen Sälen des großen Hauses. Die Delegierten der Partei, mit dicken Aktenmappen unter dem Arm, wogten eifrig hin und her, auf Treppen und in Seitenzimmern standen einzelne Gruppen mit starken Gestikulationen in lebhaftem Gespräch. Ordner mit weißen — nicht roten — Armbinden eilen treppauf und treppab, hier und da verbindlich-jovial zurechtweisend. Eine halbe Stunde vor Beginn füllt sich der geräumige Sitzungssaal, in dem sich zehn lange Tische von der Bühne zur Eingangstür hinziehen. Die Delegierten sitzen zu beiden Seiten der Tische vor einer Flut von Manuskripten, Zeitungen, Zeitschriften usw. Auf den Emporen ist an der Brüstung die Presse untergebracht, scharf getrennt die Parteipresse von der bürgerlichen Presse, von letzterer insgesamt etwa 50 Personen des In- und Auslandes. Hinter ihnen auf erhobenen Sitzen sind die Plätze für die Zuhörer. Am Eingange des Saales stehen Kontrolleure, die mit scharfem Blick die Eintrittskarten prüfen. Die Emporen sind mit knalkroter Leinwand behängt, auf welcher sporadisch zerstreut schwarze Figuren, meist Eichenblätter, zu sehen sind. Von den Emporen wehen lange, rote Fahnen in den Saal hinab, und ein Tuch von der gleichen Farbe hängt vor dem Rednerpult auf der Bühne, deren feuerrote Vorhänge sich grell von den in grau-schwarz gehaltenen Gemälden zu beiden Seiten abheben. Im Saale bemerkt man die bekanntesten Gesichter der „unabhängigen" Parlamentarier. Adolf Hoffmann, der gefürchtetste und unermüdliche Zwischenrufer im Parlament, dessen langes dichtes und schneeweißes Haar ein blühend rotes und volles Gesicht umrahmt, hat seinen Platz unmittelbar vor der Rednertribüne gewählt: ein vielversprechendes Zeichen. Ihm im Rücken sitzt Luise Zietz, ebenfalls dicht an der Bühne. Schon vor Beginn der Sitzung sind Saal und Tribünen in dumpfen Rauch gehüllt, Männlein und Weiblein paffen mit Leidenschaft und verzehren daneben bei einer Tasse Fleischbrühe ihr Frühstücksbrot. Sehr zahlreich ist unter den Delegierten das weibliche Element vertreten, und unter beiden Geschlechtern überwiegt bei weitem das jugendliche Alter. Wer diese Männer und Frauen, diese Jünglinge und Jungfrauen im Saale sitzen, rauchen und ergänzen sieht, kann unmöglich den Eindruck erhalten, sich in einer Versammlung von Vertretern des „Proletariats" zu befinden — wenn ihn nicht das Aeußere des Saales immerfort daran erinnerte. Sie sind so modern, oft kann man sagen: großstädtisch „chic", gekleidet, ihre Manieren sind so gewählt, ihre Hände meist so gepflegt, daß man wohl annehmen kann, daß nur die allerwenigsten derselben aus der Handarbeiterklasse selbst hervorgegangen sind. Die Masse der Vertreter gehört den großstädtischen Intellektuellen an, deren Physiognomie und Haltung man nicht noch genauer zu charakterisieren braucht.

Kurz vor 11 Uhr betritt der Parteivorsitzende Crispien das Rednerpult und eröffnet mit Willkommensgruß an „Genossinnen und Genossen" den Parteitag. Er hebt noch einmal den bekannten Zweck des Parteitages hervor und zitiert den hauptsächlichsten Teil der Moskauer Bedingungen für den Anschluß an die dritte Internationale. Der Parteitag soll entscheiden, ob die U. S. P. weiter bestehen werde oder nicht.

Er führt in seinen Eröffnungsworten ein neues Schreiben der Moskauer Bolschewisten an, das eben erst der deutschen Oeffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist. Als er dies Schreiben eine „neue Hinterhältigkeit" der Moskauer nennt, wird ihm ebenso stark zugestimmt wie widersprochen. Man erkennt jetzt, wo die Gegner und die Befürworter der Anschlußbedingungen im Saale sitzen, erstere bilden die Rechte, die letzteren die Linke im Saale und scheinen etwa in gleicher Stärke vertreten zu sein.

Man schreitet jetzt zur Wahl des Parteitagskomitees. Als Vorsitzende des Parteitages werden von jeder Richtung einer gewählt, Dittmann und Braß. Dittmann übernimmt jetzt die Leitung und regelt die weitere Wahl des Komitees der Schriftführer usw. Vorsitzende und Schriftführer werden Düwell und Liebmann, wieder von jeder Richtung einer. Danach wird die Tagesordnung für den Parteitag festgesetzt.

Adolf Hoffmann, der bereits jetzt mehrfach vom Rednerpult aus eingreift, läßt deutlich den gewesenen Kultusminister erkennen, wenn er u. a. erklärt: „Der Parteitag fällt in der Zeit, wo . . . ." Die Ansichten der Unabhängigen und Kommunisten platzen schon mit ziemlicher Schärfe bei Erörterung der Frage aufeinander — unter dem Widerhall der „Chöre" der jeweiligen Redner — was zuerst behandelt werden soll. Bei der Abstimmung scheint Stimmengleichheit zwischen beiden Richtungen zu herrschen, so daß Auszählung der Stimmen erfolgen muß. Diese ergibt, daß die Moskaugegner mit 374, die Freunde der Bolschewisten mit 252 Stimmen vertreten sind. Die Sozialisten sind in der Unabhängigen Sozialdemokratie also noch stärker vertreten als die kommunistisch gefärbten. Gegen die Wahl wird von Dr. Rosenfeld Einspruch erhoben, da 45 mehr abgestimmt haben, als der Parteitag überhaupt Delegierte hat. Darauf fordert der Vorsitzende Dittmann die Vertreter anderer Parteien, z. B. der K. P. und K. A. P. auf, den Saal zu verlassen. Er nennt namentlich Rühle, Pfempfort und den Vorsitzenden der K. P. Deutschlands, Dr. Levien. Da aber doch die Zahl der Moskaugegner überwiegt, wird das Ergebnis der Abstimmung anerkannt, d. h. es wird erst der Bericht des geschäftsführenden Vorstandes über das Berichtsjahr entgegen genommen und dann über die Moskauer Bedingungen verhandelt. Danach streitet man sich, ob der Parteitag täglich acht oder sieben Stunden arbeiten soll. Die Abstimmung ergibt das gleiche Resultat wie vorhin: die Moskaugegner sind für den Achtstundentag, während die Kommunisten unter den Unabhängigen für den siebenstündigen Arbeitstag eintreten. Man einigt sich schließlich auf den letzteren und will von 9—1 und von 3—6 Uhr tagen.

Nunmehr betritt Luise Zietz das Podium und erstattet den Geschäftsbericht. Die Wogen glätten sich, und eintönig plätschert Wort auf Wort. Viele, sehr viele Worte. Die Rednerin spricht mit breiter, gewöhnlicher Aussprache, aber scharf artikuliert und mit schrill klingender Stimme. Nur wenige der Delegierten hören zu, die meisten lesen in Zeitungen und anderen Schriften. Die Ausführungen der Referentin bilden eine einzige große Anklage gegen die Politik der Mehrheitssozialisten, die gar keine Sozialisten mehr seien. Besonders Noske und Heine werden mit scharfen Worten gebrandmarkt. Während ihrer Ausführungen erscheint ein Photograph im Saale, um die Rednerin zu knipsen. Ein besonders friedliches Moment in dem Idyll im Saale, wo wieder gefrühstückt, gerauscht und lebhaft geplaudert wird. Durch das Stimmengewirr dringen am lautesten Worte wie „Arbeiterblut", „Kapitalismus", „Heldentum des Proletariats", „Räterepublik", „Maschinengewehre" usw. Der Kapp-Putsch wird mit epischer Breite geschildert, die Schlachten im Ruhrrevier und die Kämpfe in Mitteldeutschland in lebhaften Farben gemalt. Aber nur selten wird ein „Sehr richtig!" vernommen, niemals ein Widerspruch gehört. Es ist eben noch alles Idyll, solange der Tätigkeitsbericht der Partei erstattet wird. Ein rechtes Idyll — aber was wird ihm folgen, wenn die Anschlußbedingungen zur Erörterung gelangen . . .?

Um Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund

Von bestinformierter Stelle erfährt unser Berliner Vertreter, daß sich die Reichsregierung schon in allerkürzester Zeit mit der Frage zu beschäftigen haben wird, ob sie die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund beantragen soll oder nicht. Die Angelegenheit ist soeben in ein höchst akutes Stadium eingetreten. Man hat allen Grund, anzunehmen, daß die Regierung sich noch in diesem Monat mit dem Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten in Verbindung zu setzen haben wird, um die Frage des Anschlußgesuches an den Völkerbund zur Diskussion zu stellen.

Internationale Wirtschaftskonferenz

w. London, 12. Oktober.

In Westminster ist gestern die zweite internationale Wirtschaftskonferenz eröffnet worden. Sie bezweckt die Mittel und Wege für eine wirtschaftliche Wiederstellung zu studieren und nennt sich „Rat für Bekämpfung des Hungers".

Laut „Daily Mail" hat der Minister des Innern ohne Angabe von Gründen die Einreiseerlaubnis für den Direktor A. E. G., Dr. Walter Rathenau, verweigert. Dr. Rathenau beabsichtigte an der Internationalen Wirtschaftskonferenz zur Bekämpfung der Hungersnot teilzunehmen, die in London eröffnet ist.

40 000 Kriegsgefangene in Sibirien

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

h. Berlin, 12. Oktober.

An zuständiger Stelle verlautet, daß in Sibirien insgesamt nicht mehr als 40000 Kriegsgefangene aller Nationen sind. 4000 Gefangene sollen bereits auf dem Heimtransport sein. Der Abtransport aller Gefangenen aus Sibirien soll, wenn nicht unvorhergesehene Fälle eintreten, noch im November beendet werden.

Dr. Wirth und die Finanzpolitik

W. Freiburg, 12. Oktober.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat sich in einem Schreiben an die „Freiburger Tagespost" über die gegenwärtige finanzpolitische Lage und über die Stellung der Reichsregierung zur Besoldungsordnung und deren Verabschiedung geäußert, wobei er u. a. sagt: Es handelt sich bei meiner Stellungnahme zu weitergehenden Beamtenwünschen nicht darum, dieser oder jener Gruppe etwa aus Gehässigkeitsgründen eine Höherstufung zuzubilligen oder zu versagen, sondern ich habe sowohl den einzelnen Ministerien gegenüber wie auch in der entscheidenden Sitzung der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß es nach meiner Auffassung gänzlich unmöglich ist, im Hinblick auf den Ernst der Finanzlage des Reiches solche weitgehenden Umformungen der Besoldungsordnung noch vorzunehmen, daß außer den schon jetzt erwachsenden Mehraufwendungen von 40 Millionen, die zu den Frühjahrsaufwendungen hinzukommen, nochmals eine weitere Milliarde hinzutreten würde. Man möge den Finanzminister suchen, der es wagte, an den Reichstag zu treten, um jetzt, nachdem die letzten Ziffern des Fehlbetrages in der ungeheuerlichen Höhe von 67 Milliarden bekannt geworden sind, die Besoldungsordnung des Reiches noch einmal umzubauen. Ich habe mir verkannt, daß selbstverständlich nicht alle Härten der Besoldungsordnung nunmehr ausgemerzt sind. Im Besoldungsausschuß des Reichstags steht jetzt diese Angelegenheit zur Beratung; er hat jede einzelne Position zu prüfen und den Finanzminister und seine Mitarbeiter zur Rechenschaft zu ziehen. Jetzt liegt es bei den politischen Parteien, unter Erwägung der besorgniserregenden Finanzlage und unter Berücksichtigung der Gerechtigkeit das Werk zum Abschluß zu bringen.

Der Minister erinnert an seine Mitteilungen, die er in einer der letzten Sitzungen des genannten Ausschusses gemacht hat, daß die Regierung für eine Besoldungsordnung, die einen gänzlichen neuen Aufbau bedeute, eine Verantwortung nicht übernehmen könne. Es handele sich nur noch darum, soweit als möglich in den Gesetzentwurf Verbesserungen hineinzubringen. Alle Forderungen auf Hebung verschiedener Beamtenklassen unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit zu prüfen, sei Sache des Ausschusses.

Dr. Wirth spricht die Hoffnung aus, daß es gelingen wird, die noch bestehenden Härten soweit als möglich auszugleichen und das Werk der Besoldungsordnung und die ebenso schwierige Frage der Einstufung zum Abschluß zu bringen.

w. Stuttgart, 12. Oktober.

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz ist am Sonnabend, von München kommend, hier eingetroffen. Heute vormittag hatte er eine Besprechung mit Vertretern vom Gewerbe, Handel und Industrie und der großen Verbraucherverbände, in der der württembergische Arbeitsminister und Ernährungsminister auf die schwierige Kreditbeschaffung für die Industrie hinwies. Dr. Scholz erklärte, vom Reichswirtschaftsministerium seien auf Betreiben der Spitzen-Organisationen der Industrie Maßnahmen für eine solche Kreditgewährung in Vorbereitung. Im neuen Etat seien ½ Million Mark zur besseren Ausgestaltung des Preisprüfungswesens gefordert werden.

Vizeadmiral von Trotha, zur Verfügung des Chefs der Marineleitung, ist auf sein Gesuch der Abschied bewilligt worden.

Unter der Fremdherrschaft. Frankfurter Blättern zufolge beschlagnahmten die französische Besatzungsbehörde die Domäne Frauenstein bei Wiesbaden, ein großes landwirtschaftliches Unternehmen. Das gleiche Schicksal soll anderen großen Gütern in Hessen-Nassau drohen, so insbesondere dem 1400 Morgen umfassenden Mechtilder Hof bei Erbenheim-Kastel, wodurch die Milchversorgung noch mehr verschlechtert werden würde.

Kunst und Leben

Beethoven-Ehrung — ein Erlaß des preußischen Kultusministers. Der preußische Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung, Haenisch, hat folgenden Erlaß herausgegeben: „Am 16. Dezember d. J. wird das deutsche Volk und mit ihm alle kultivierten Nationen des 150. Geburtstages Ludwig von Beethovens feierlich gedenken. Der Anlaß scheint mir geeignet, auf die hohe Bedeutung hinzuweisen, die der Tonkunst im geistigen Leben unseres Volkes stets eigen gewesen ist. Ich halte es für erwünscht, daß der Gedenktag in würdiger Form begangen wird durch Veranstaltung entsprechender Vorträge oder, soweit es die Verhältnisse gestatten, durch besondere Feiern mit musikalischen Darbietungen. In den Schulen werden an dem genannten Tage die älteren Schulkinder auf die Bedeutung des großen Tonmeisters in geeigneter Weise hinzuweisen sein." — Ein Zusatz für die Hochschule für Musik, das Institut für Kirchenmusik und die Generalverwaltung der Staatstheater ersucht diese Institute, am 16. Dezember das Andenken des großen Meisters durch Aufführung seiner Werke zu ehren.

— **Hans Pfitzner's „Palestrina"** wird im Anschluß an die gestern in Mannheim stattgefundenen Aufführungen des Werkes während der bevorstehenden Saison zunächst am 24. Oktober dieses Jahres seine Première am Württembergischen Landestheater in Stuttgart unter Anwesenheit des Komponisten erleben. **Als zweite Bühne bringt das Landestheater in Karlsruhe i. B. „Palestrina"** Anfang 1921 erstmalig heraus.

— **Die neuen mazedonischen Ausgrabungen.** Durch eine englisch-französische Expedition sind in Mazedonien wichtige archäologische Entdeckungen gemacht worden, über die jetzt Näheres berichtet wird. Das ganze Gebiet ist eine ungeheure Fundstätte, die eine Jahrtausende alte Geschichte hat. Hunderte von „Tumulus-Hügeln" in konischer Gestalt bedecken Grabmäler aus Stein oder Marmor aus der hellenistischen Zeit, andere Hunderte solcher Hügel von mehr unregelmäßiger Form überdecken Orte, an denen nachweislich mehrere Dörfer aufeinander gebaut wurden. In der untersten Schicht fand man noch Pfähle und Träger, so daß dort, angeblich 3000 Jahre v. Chr., sumpfiger Boden gewesen sein mag. Aus dieser Schicht wurden Steinbeile, polierte Steinschmuckstücke und mit linearen Verzierungen versehene Töpferwaren geborgen. Darüber befindet sich eine Schicht mit Funden, die auf die Zeit von 1400 bis 1200 v. Chr. hinweisen. Die oberste Schicht bilden Gräber aus dem 7. Jahrhundert v. Chr. In ihnen wurden zahlreiche Schmuckgegenstände aus Gold und Bronze gefunden, auch Messer und Lanzen aus Eisen. Einige Gräber stammen aus der römischen Epoche, wie eine Inschrift aus der Zeit Hadrians beweist. Die Untersuchungen und Ausgrabungen werden mit größter Sorgfalt fortgesetzt.

— **Der Lehrbetrieb der Deutschen Hochschule für Politik.** Das Wesen des Lehrbetriebes der Deutschen Hochschule für Politik soll in der Arbeitsgemeinschaft liegen. Die Dauer der Kurse richtet sich nach den Bedürfnissen. Es werden zusammenhängende Kurse von zwei bis vier Semestern, sowie solche vorgesehen, die auf kürzere Zeit zusammengedrängt sind für Teilnehmer, die dazu nach Berlin kommen. Außerdem werden Kurse für Gasthörer veranstaltet. Die Vorlesungen unterscheiden sich in ihrer Art grundsätzlich sowohl von der Volkshochschule wie von der Universität. Sie geben weder Anfangsgründe noch eine wissenschaftlich-systematisch lückenlose Darstellung. Die Arbeit der Hochschule ist auf lebendiges Erfassen der Wirklichkeit eingestellt. Darum wird die Vermittlung von Anschauungen des tatsächlichen Lebens in Wirtschaft, Politik und sozialen Verhältnissen ein Hauptzweck der Kurse sein. Besichtigungen, die Verarbeitung von eigenen Beobachtungen und Studien wird ein Teil der Arbeit ausmachen. Es soll immer im Auge behalten werden, daß nicht die Vermittlung von Buchwissen, sondern die eigene Erfassung des zum Handel führenden Miterlebens der Wirklichkeit Zweck der Kurse ist.

— **Hochschulnachrichten.** Der frühere Gymnasialdirektor in Metz, Geh. Studienrat Dr. phil. et jur. h. c. Eduard Grupe in Mannheim-Neckarau, ist zum ordentlichen Honorarprofessor in der juristischen Fakultät der Universität Heidelberg ernannt worden. — Am 1. Oktober d. J. treten im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung folgende Aenderungen ein: 1. Ministerialdirektor, Wirklicher Geheimer Rat Dr. Naumann tritt in den Ruhestand; 2. Ministerialrat, Geh. Regierungsrat Professor Dr. Krüß ist zum Abteilungsdirigenten ernannt worden; ihm wird die Leitung der gesamten Hochschulabteilung übertragen; 3. Geh. Oberregierungsrat Dr. von Hülsen scheidet infolge seiner Ernennung zum Kurator der Universität Marburg aus dem Ministerium aus, ebenso 4. Geheimer Oberregierungsrat Bodenstein infolge seiner Ernennung zum Oberverwaltungsgerichtsrat. — Wie wir hören, hat Prof. Dr. M. Geiger in Frankfurt a. M. den an ihn ergangenen Ruf für den Lehrstuhl der alten Geschichte an der Universität Göttingen als Nachfolger Bulsots abgelehnt. — Wie wir hören, hat Prof. Dr. Clemens Schaefer in Breslau den Ruf auf den Lehrstuhl der Physik an der Universität Marburg als Nachfolger von Geh. Reg.-Rat Richarz angenommen.

— **Deutsche und österreichische Landkarten im Kriege.** Die großartigen Leistungen der deutschen und österreichischen Behörden auf dem Gebiete des Landkartenwesens im Kriege sind bisher nicht bekannt geworden. Dr. Hans Praesent von der Deutschen Bücherei in Leipzig berichtet darüber im „Buchhändler-Börsenblatt" wie folgt: Die Preußische Landesaufnahme in Berlin und das Militärgeographische Institut in Wien hatten die Truppen mit den nötigen Kartenmaterial, besonders mit Uebersichtskarten und Spezialkarten der einzelnen Kriegsschauplätze zu versorgen. Ihnen verdanken wir aus allen Gegenden, besonders aus dem topographisch bisher schlecht bekannten wie Ost- und Südosteuropa und den Orientländern eine Fülle neuer Karten, die teils auf eigenen neuen Aufnahmen beruhen, teils nach den besten vorliegenden Quellen oder durch Neukonstruktionen entworfen, teils durch Nachdruck von feindlichen Beutekarten gewonnen wurden. Daneben waren als besondere Formationen die Vermessungsabteilungen an allen Fronten tätig, die spezielle Frontkarten teils auf dem üblichen Wege der topographischen Aufnahme, teils auf photogrammetrischem Wege oder auf Grund von Fliegeraufnahmen lieferten, eine Anzahl von Karten größten Maßstabes für die Zwecke der Artillerie oder des Grabenkrieges. Allein über tausend verschiedene Frontkarten 1:25 000 sollen hergestellt worden sein, und nicht schätzen läßt sich die Zahl der im Felde gedruckten Exemplare, die gewöhnlich für die Kampfhandlungen mit dem Aufdruck der beiderseitigen Stellungen versehen wurden. Die Preußische Landesaufnahme hat den Druck von 273 Millionen Blättern veranlaßt, wovon sie 250 Millionen selbst druckte. Vom Militärgeographischen Institut in Wien wurden auf dem Balkan allein 87 000 qkm Land trianguliert, 47 000 qkm mappiert und 21 000 qkm stereophotogrammetriert. Die eigenen Gummidruckrotationspressen lieferten stündlich 8000 Kartenblätter, und 70 Mill. Blätter (190 Waggonladungen) waren die Druckleistungen des Instituts während des Krieges. Beide Behörden stellten also in den vier Kriegsjahren zusammen 343 Mill. Kartenblätter her. Dazu müßten wir noch die Millionen Blätter rechnen, die alle Kartendruckereien der Vermessungsabteilungen an den verschiedenen Fronten hergestellt haben, sowie die ungeheure private Kartenproduktion, die sich auch nicht annähernd schätzen läßt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192010122-13/fragment/page=0002

Provinz Sachsen

Der Prozeß gegen die Cöthener „Kommunisten"

(Drahtmeldung unseres Sondermitarbeiters.)

s. Dessau, 12. Oktober.

Der Prozeß vor dem Ausnahmegericht gegen die Köthener Aufständischen begann pünktlich zur festgesetzten Stunde. Ein starkes Aufgebot der staatlichen Ordnungspolizei sorgte für die Sicherheit des Gerichtes und die ordentliche Durchführung der Verhandlung. Sämtliche Angeklagte, an ihrer Spitze „Dr." Berg, waren erschienen. Ehe in die eigentliche Verhandlung eingetreten wurde, stellte Rechtsanwalt Hegewisch aus Celle den Antrag auf Vertagung mit der Begründung, daß die Verhandlung nicht rechtzeitig von der Ladung einiger wichtiger Zeugen unterrichtet worden sei. Das Gericht lehnte den Antrag als unbegründet ab. Es folgte eine zweistündige Rede des gleichen Anwalts, in der die Ungesetzlichkeit der Verordnung des Reichspräsidenten über die Ausnahmegerichte vom Mai d. J. zu begründen versuchte. Die Ausführungen des Anwalts ermangelten absolut der Beweiskraft, so daß nicht anzunehmen ist, daß ihnen das Gericht Folge geben wird. Die Sitzung dauert an.

Zum Anschlag auf Admiral Scheer

Weimar, 12. Oktober.

Das Dienstmädchen der Familie Scheer, namens Frieda Steiniger, lagte im Garten hinter dem Hause Teppiche und bemerkte dabei nicht, wie sich ein Mann durch die hintere Tür in das Haus einschlich. Als sie mit den Teppichen im Arm ahnungslos wieder ins Haus zurückkam, trat ihr ein Mann von seltsamem Aussehen und mit einer Schußwaffe in der Hand entgegen. Sie flüchtete in den Kohlenkeller, wo sie von einer Kugel getroffen wurde. Der Mörder bedeckte die Leiche mit einem Teppich, verschloß den Kellerraum und ging wieder in die Küche zurück. Nach einiger Zeit kam Frau Admiral Scheer, die vergeblich nach dem Mädchen geklingelt hatte, nach der Küche herunter, um sich nach ihm umzusehen. Kaum hatte sie die unteren Räume betreten, als ihr der Mörder entgegentrat und sie durch zwei Kopfschüsse niederstreckte. Beide Male waren die Schüsse im Hause nicht gehört worden und alles blieb still. Wieder verging eine Zeit, bis schließlich die Schwester der Frieda Steiniger durch die Haupttür das Haus kam, um das Mädchen zu besuchen. Fräulein Scheer öffnete ihr und als sich das Mädchen immer noch nicht sehen ließ, ging nun sie nach dem Keller hinunter. Kaum hatte sie ihn betreten, als der Mörder, der sich während der ganzen Zeit ruhig verhalten hatte, mit erhobenem Revolver auf sie zutrat. Fräulein Scheer wandte sich sofort schreiend um und in diesem Augenblick feuerte der Mörder eine Kugel auf sie ab, die sie in den Rücken drang und den Körper durchschlug. Unter Anspannung aller ihrer Kräfte schleppte sie sich die Treppen nach der Wohnung hinauf und mit dem ihrem erwachten Vater geltenden Ruf: „nicht in den Kellergehen, Einbrecher!" brach sie vor der Tür zusammen. Admiral Scheer, der von den Vorgängen im Keller keine Ahnung hatte, stürzte in furchtbarer Erregung aus dem Hause, um einen Arzt für seine Tochter zu holen und gleichzeitig wurde die Polizei alarmiert. Erst als die sofort eintreffenden Polizeibeamten ihre Feststellungen im Keller gemacht hatten, erkannte er die entsetzliche Schwere des Unglücks, das ihn betroffen hatte. Der Mörder muß sich in dem Augenblick, in dem Fräulein Scheer schreiend nach oben flüchtete, erschossen haben. Offenbar hatte ihn die Kraft seiner Nerven verlassen oder er gab sein Spiel verloren.

Die Kriminalpolizei nimmt mit Bestimmtheit an, daß vor allem dem Admiral eine tödliche Kugel zugedacht war und daß er dieser nur durch dem Umstande entging, daß die Mörder nicht auch im Keller liegen blieb und ihn durch ihre Schreie weckte. Hätte er, erwacht, seiner Familie gesucht und wäre er nach der Küche hinuntergegangen, auch ihn hätte die Kugel des Mörders getroffen, der mit unheimlicher Ruhe und Kaltblütigkeit seine Verbrechen beging. Die Polizei steht weiter auf dem Standpunkt, daß der Mörder keinen Komplizen hatte. Die ursprüngliche Vermutung, daß ein Mann vor dem Hause Wache hielt und geflüchtet ist, erklärt sie mit einer Verwechselung mit dem Admiral, der sein Haus verließ, um den Arzt herbeizurufen. Fräulein Scheer soll sich nicht in Lebensgefahr befinden.

s **Hohenmölsen, 11. Okt.** (Unter dringendem Verdachte), in den am 13. September bei Webau erfolgten Straßenraub und Mordversuch an dem Arbeiter Ernst Böhr verwickelt zu sein, wurde auf Anordnung der Staatsanwaltschaft der in Wählitz wohnende Unfallverletzte Emil Herger in seiner Wohnung verhaftet.

n. **Köthen, 12. Okt.** (Durch die Festnahme der Eisenbahndiebe) Jedermann und Fricke, die in der vergangenen Woche hier einen Güterwagen erbrachen und bestahlen, ist man einer Diebes- und Hehlerbande auf die Spur gekommen, von deren Mitgliedern bisher noch der Bahnwächter Hoschke und die Bahnarbeiter Stoye und Kunze ermittelt wurden. Es sind ihnen bereits mehrere Bahndiebstähle nachgewiesen. Weiter haben sie hier von einem Mühlengehöft 6 Gänse, im Zabitz 5 Gänse und ein neues Damenfahrrad, auf der Domäne Neuzaig 4 Hammel und in der Brauerei Büchert eine Kiste gestohlen. Auf dem Bahnhof hatten sie einen Bahnwagen plötzlich abgedeckt und die Bretter vergraben. Den Abnehmern der gestohlenen Sachen ist man auf der Spur. — Gartendiebstähle wurden in der letzten Nacht hier ausgeführt. Aus der Gärtnerei Hesse an der Wülknitzer Kreisstraße wurden nicht weniger als 60 Zentner Blumenkohl, aus einem benachbarten Morren 40 Zentner Weißkohl und 10 Zentner Futterrüben gestohlen. — Ein Berliner Schieber wurde im benachbarten Elsnigk festgenommen. Er kaufte hier angeblich Obst auf. Die Obstkörbe waren aber zum größten Teil mit feinem Weizenmehl gefüllt, nur oben befanden sich einige Lagen Aepfel. Das Mehl wurde nach Berlin verschoben und dort zu Wucherpreisen verkauft.

— **Erfurt, 12. Okt.** (Die Einberufung des Landtages in Thüringen) ist durch den Präsidenten auf Mittwoch, den 8. November, erfolgt.

— **Pößneck, 10. Okt.** (Die Firma C. G. Vogel) hat anläßlich ihres 25jährigen Jubiläums u. a. folgende Stiftungen vorgesehen: 10 000 M. für Bekleidung armer Konfirmanden, 10 000 M. für Speisung armer Schulkinder, 10 000 M. für Kinderheilstätte, 10 000 M. für das Kinderheim, 10 000 M. für den Verschönerungsverein, 5000 M. für die Typographische Vereinigung, je 5000 M. für die drei hiesigen Turnvereine, 5000 M. zur Beschaffung einer neuen Kirchenglocke. Außerdem erhält das gesamte Personal mit einer Spende von 210 000 M. bedacht.

— **Apolda, 12. Okt.** (Maul- und Klauenseuche.) Im hiesigen Bezirk greift die Maul- und Klauenseuche in einem Maße um sich, wie es in den letzten Jahrzehnten noch nicht erlebt worden ist. Viele Tiere verenden daran oder müssen notgeschlachtet werden. Bei den am Leben bleibenden geht die Milchergiebigkeit bis 80 Prozent und mehr zurück. Zurzeit sind über 100 Orte im Bezirk verseucht. Die Zahl der Seuchengehöfte beträgt über 700. Es sind somit an 70 Prozent der Ortschaften des genannten Verwaltungsbezirkes von der Maul- und Klauenseuche befallen.

— **Schleiz, 12. Okt.** (Brand des Armenhauses.) Am Freitag abend brach im Armenhaus Feuer aus. Das Gebäude wurde zum größten Teile vernichtet. Fünf arme Familien mit über 20 Köpfen sind obdachlos geworden. Man vermutet Brandstiftung.

— **Sömmerda, 12. Okt.** (Zu Rade!) In der Nähe der Gastwirtschaft „Mickelshöhe" stießen in der Dunkelheit zwei Radfahrer, der Lehrer Hartnick aus Sömmerda und der Schlosser Kranhold aus Weißensee, so unglücklich zusammen, daß beide von ihrem Rade stürzten und bewußtlos liegen blieben. Während Hartnick bei dem wuchtigen Zusammenprall mit einer starken Verstauchung der rechten Hand davon kam, ist Kranhold an innerer Verblutung gestorben. Es war ihm ein Lungenflügel durch den Sturz mit abgerissen worden.

— **Schleusingen, 12. Okt.** (Der neue Landrat.) Zum kommissarischen Landrat des Kreises Schleusingen wurde der Gewerkschaftssekretär Wilhelm Apel aus Erfurt ernannt. Er hat die Dienstgeschäfte bereits übernommen. Politisch gehört Apel zur alten sozialdemokratischen Partei.

Eine große Gefahr

Aus Ostpreußen wird uns geschrieben:

Der Versailler Frieden bestimmt, daß alle vor dem Kriege im feindlichen Ausland lebenden Deutschen die Länder unter Zurücklassung ihres Besitzes verlassen müssen. Tausende unserer Stammesbrüder sind durch diesen Paragraphen ihres Vermögens und ihrer Existenz beraubt worden und in namenloses Elend geraten. Deutschland aber hat seine Pioniere verloren, diejenigen, die für Ausfuhr unserer Waren und für Einkauf von Rohprodukten notwendig waren und sind, wollen wir Handel treiben, d. h. leben. Mit einer Konsequenz ohne gleichen wird von den Ententepolitikern die Ausweisung von Deutschen aus den anderen Ländern betrieben, ohne daß unsere Regierung sich rührt.

Aus den an Polen abgetretenen Gebieten kommen Tausende, denen es die ständige Schikane, die entehrende Behandlung von seiten der Polen unmöglich macht, weiter in der alten Heimat zu leben. Mit jedem Deutschen, der das Land verläßt, geht ein Stück deutschen Einflusses verloren Wenn der deutsche Beamte, der deutsche Kaufmann, der deutsche Landwirt, der deutsche Handwerker, aus dem posenschen oder westpreußischen Teil Polens herausgeht, tritt ein Pole oder ein feindlicher Ausländer an seine Stelle. Wie wollen wir dann Handelsbeziehungen anknüpfen? Werden sich diese Leute nicht an das Ausland wenden und uns boykottieren? Schon dieser Grund allein müßte die maßgebenden Regierungsstellen zwingen, bei der polnischen Regierung darauf hinzuwirken, daß sie die Bestimmungen des Versailler Friedens, wonach jede Nationalität in den abgetretenen Gebieten gleichberechtigt sein soll, beachtet.

Daß in den Randstaaten jeder Deutsche ausgewiesen werden muß, damit er nicht Fuß fassen kann, ist allgemein bekannt. Jede Anknüpfungsmöglichkeit mit Rußland muß uns genommen werden. Das geht so weit, daß man auf Wunsch der Entente in Lettland und Estland sogar die deutschstämmigen Balten bekämpft, um sie zu vernichten. Unsere Regierungsstellen dürfen nicht sagen, daß das die Angelegenheit eines anderen Volkes ist, in die wir uns nicht einmischen können. Dazu ist das Ziel, das mit der Enteignung des Großgrundbesitzes, der Entrechtung des baltischen Kaufmanns und Gewerbetreibenden verfolgt wird, zu offensichtlich. Oder hat das Wort eines lettischen Konstituantenmitgliedes: „Wir müssen gegen die Balten kämpfen, um sie zu vernichten, damit wir Herren sind, wenn Rußland uns wieder an sich reißt," nicht genug!

Wenn wir leben wollen, müssen wir Beziehungen zum Osten haben. Darum ist der Schutz der Deutschen und deutschstämmigen im Osten Lebensfrage für uns und muß von der Regierung mit allen Mitteln durchgesetzt werden.

Die Etatsberatung in der Preußischen Landesversammlung beginnt am 19. Oktober. Zu Beginn derselben wird der Finanzminister sich über die finanzpolitische Lage Preußens und die Notwendigkeit neuer Steuern auslassen. Um die Etatsberatung in spätestens sechs Wochen abschließen zu können, haben alle Parteien sich einverstanden erklärt, für jeden Haushalt nur eine Rednerreihe zuzulassen, so daß immer nur sechs Redner zu jedem Haushalt sprechen. Jeder Redner darf eine Stunde sprechen. Da der Gesamthaushalt in 20 größere Einzeletats zerfällt, dürfen theoretisch 120 Redner sprechen, die Ältesten liefse sich also theoretisch in 4½ Wochen erledigen. Zweifelhaft bleibt nur, ob sich die Parteien an ihre Abmachungen halten werden, da der Wunsch vorherrscht, überhaupt vor den Wahlen nur noch acht Wochen zu tagen, so bleiben für den übrigen Stoff nur drei Wochen rund übrig. Diese Zeit dürfte nach Meinung des Aeltestenrates vollauf genügen.

th. **Die preußischen Beamten in Polen** werden restlos bis Ende des Jahres aus Polen zurückkehren, da Polen unter Verletzung aller Abmachungen deutsche Beamte nur beschäftigt, wenn sie den polnischen Beamteneid sofort ablegen, der ihnen alle bisher erworbenen Rechte (Pension, Versorgung) nimmt. — Die Zahl der auswandernden Deutschen aus Polen nimmt ständig zu.

Ein Aufsehen erregender Sensationsprozeß in Hamburg. Am Montag nachmittag beginnt vor der Strafkammer des Landgerichts Altona der große Sensationsprozeß gegen den Leiter der deutschen Mittenachtskommission, Adolf Müller. Müller war bekanntlich von den sowjetrussischen und südrussischen Polizeibehörden auf Grund des § 180 des Strafgesetzbuches der Kuppelei beschuldigt worden. Der bekannte Universitätsprofessor Dr. Ilde, Graz, der als Zeuge vernommen werden soll, ist in Hamburg bereits eingetroffen. Zu Gunsten des Angeklagten ist eine Reihe von Gutachten hervorragender Mediziner, Juristen usw. eingegangen, u. a. von Prof. Stern, Düsseldorf, Dr. Mumm, Berlin, Prof. Mittermeyer, Gießen, Prof. Würster, Samuel Keller, Freiburg, usw. Der Prozeß erregt in Hamburg und Umgebung das größte Aufsehen, um so mehr, da durch ihn die Frage der staatlichen Duldung der Bordelle aufgerollt und eingehend erörtert werden wird.

Paderewski Botschafter in London. Das „Journal de Boulogne" erfährt, daß die polnische Regierung Paderewski zum Botschafter in London ernannt habe. Da dieses Blatt über gute amtliche Beziehungen zur polnischen Regierung verfügt, kann man der Meldung von vornherein nicht die Wahrscheinlichkeit abstreiten.

Falsche 50-Markscheine. In den letzten Wochen hatte die Verbreitung falscher Reichsbanknoten aus dem Jahre 1919 in Plauen in bedenklicher Weise zugenommen. Es handelte sich dabei um grüne 50-Markscheine. Den Bemühungen der Kriminalpolizei in Plauen ist es gelungen, den dortigen Bäckermeister Paul Wohlrad als den Verbreiter solcher 50-Markscheine zu ermitteln. Bei einer unternommenen vorgenommenen Durchsuchung wurden in seiner Wohnung noch 12 250 Mark falscher Reichsbanknoten unter dem Kopfkissen versteckt vorgefunden, die beschlagnahmt wurden. Wohlrad ist verhaftet und der Staatsanwaltschaft zugeführt worden. — Die Verausgabung solcher falscher Banknoten wurde auch in Chemnitz und Eger beobachtet. In Chemnitz sind zwei und in Eger ein Verbreiter der falschen Scheine festgenommen worden. Die Hersteller der falschen Stücke sowie die Falschmünzerwerkstatt konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Ueberschwemmungen in Frankreich. Der ununterbrochen niedergehende Regen der beiden letzten Tage hat in Südfrankreich große Ueberschwemmungen verursacht. die in Gärten und Feldern bedeutenden Schaden angerichtet haben. Die Garronne und ihre Nebenflüsse sind über die Ufer getreten. Die in ihren Häusern gefährdeten Bewohner flüchten in das Gebirge. Millau mußte teilweise geräumt werden. In Albi sind drei Gebäude eingestürzt. Zwei Frauen sind dabei ums Leben gekommen, mehrere Bewohner werden vermißt. Die Lot steigt andauernd. In Correze und Aveyron sind ähnliche Ueberschwemmungen zu befürchten.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Aktiengesellschaften

* **Sangerhäuser Aktien-Maschinenfabrik und Eisengießerei, vorm. Hornung u. Nabe.** Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, steht die Direktion der Gesellschaft der kürzlich erschienenen Zeitungsnotiz über Geschäftsgang und Dividende völlig fern. Der Geschäftsgang war im abgelaufenen Geschäftsjahr und ist in Anbetracht der vorliegenden großen Aufträge noch für absehbare Zeit ein recht guter. Ueber die Höhe der Dividende des erst am 30. September abgeschlossenen Geschäftsjahres kann gegenwärtig überhaupt noch keine zuverlässige Schätzung abgegeben werden.

Vogtländische Maschinenfabrik vorm. J. C. H. Dietrich, A.-G., in Plauen. Zu der angekündigten Kapitalserhöhung wird gemeldet, daß über deren Ausmaß der Aufsichtsrat sich erst noch schlüssig wird. Die außerordentliche Generalversammlung ist auf den 29. Oktober einberufen. Bei dem Unternehmen sind in einer weniger beschäftigten Abteilung 300 Arbeiter entlassen worden, was aber bei einer Gesamtzahl von annähernd 6000 Arbeitern kaum ernstlich ins Gewicht fällt.

Plauener Spitzenfabrik, A.-G., in Plauen i. V. Der Gewinn beträgt nach dem Geschäftsbericht 895 063 (i. V. 171 929) Mark. Es werden auf das erhöhte Aktienkapital 12 Proz. (i. V. 8 Prozent) Dividende vorgeschlagen.

Sondermann u. Stier, A.-G., Chemnitz. Anläßlich der Einführung ihrer neuen Aktien wird von der Gesellschaft mitgeteilt, daß die allgemeine wirtschaftliche Stagnation auch die Gesellschaft betroffen habe, daß sich aber in letzter Zeit erfreulicherweise wieder Interesse für die Fabrikate des Unternehmens bemerkbar mache.

Die Stahlfurter Chemische Fabrik vorm. Vorster u. Grünberg A.-G. beantragt 30 Proz. (6 Proz.) Dividende, außerdem Statutenänderungen.

Von der Evag. In der Generalversammlung der Deutschen Erdöl- und Kohlenverwertungs-Akt.-Ges. in Berlin wurde die Dividende für 1918/19 auf 8 Proz. festgesetzt. Aus den Mitteilungen des Vorstandes geht hervor, daß die Ausprobierung des der Gesellschaft gehörenden Bergin-Verfahrens zur Gewinnung leichtflüssiger Oele und Benzin jetzt so weit fortgeschritten ist, daß mit der Aufnahme des Verfahrens in größerem Maßstabe in Kürze begonnen werden kann. In letzter Zeit hat sich auch die Holländische Petroleum-Gesellschaft, die bekanntlich den Benzinmarkt der Welt beherrscht, an der Evag beteiligt.

Maschinenfabrik J. E. Christoph A.-G. in Niesky, O.-L. Der Fabrikationsgewinn ist im letzten Geschäftsjahr auf 541 600 M. gestiegen. Aus dem Reingewinn einschließlich Vortrag von zusammen 179 900 (118 400) M. sind auf die alten Aktien wieder 8 Proz. Dividende verteilt und für die neu ausgegebenen Aktien 3 Proz. für ein Vierteljahr.

Ernemann-Werke, Akt.-Ges., in Dresden. In der außerordentlichen Hauptversammlung wurde der Vorschlag der Verwaltung, das Grundkapital um 4 Mill. M. auf 8 Mill. M. zu erhöhen, einstimmig zum Beschluß erhoben und die neuen Aktien, die an der Dividende vom 1. Januar 1921 ab teilnehmen, den bisherigen Aktionären dergestalt zum Bezuge anzubieten, daß auf eine alte Aktie eine neue zum Kurse von 125 Proz. entfällt. Zur Begründung dieser Kapitalsverdoppelung führte Herr Kommerzienrat Dr.-Ing. Ernemann aus, daß der im laufenden Geschäftsjahre auf das Sechsfache des bisherigen Aktienkapitals gestiegene Umsatz der Firma eine entsprechende Erhöhung des Grundkapitals notwendig mache. Außerdem wurde der Aufsichtsrat ermächtigt, zur weiteren Deckung des Kapitalbedarfes weitere 2 Mill. M. 6proz. Obligationen auszugeben.

Freia, Braunkohlenwerke A.-G., Niesky, O.-L. Die A.-G., die bisher ihren Sitz in Berlin hatte, ist in das Handelsregister Niesky, O.-L., Abt. B, unter Nr. 17 eingetragen worden. Das Kapital ist kürzlich von 100 000 M. auf 5 Mill. M. erhöht worden.

Kaligewerkschaft Glückauf-Sondershausen. Gegen die nach einer neulichen Meldung zur Abwendung der drohenden Gefahr einer Ueberfremdung von der Verwaltung beantragte Erhöhung der Kuxenzahl um 3200 auf 6000 Stück macht sich Widerspruch geltend. Eine Sanktirma in Düsseldorf-Köln gibt bekannt, daß sie sich auf Wunsch einer Angahl von Gewerken veranlaßt sehe, gegen den Antrag zu stimmen und fordert zu Vollmachtserteilung in diesem Sinne auf. Die Firma weist darauf hin, daß die Erhöhung der Kuxenzahl auf 6000 an sich bereits in der Gewerken-Versammlung von Ende April 1917 einstimmig genehmigt worden sei. Dabei sollte aber die Ausgabe der Kuxe von Fall zu Fall der Genehmigung der Gewerken vorbehalten bleiben. Es liege nach dem Dafürhalten der Firma nicht im Interesse der Gewerken, der jetzigen oder jeder etwaigen späteren Verwaltung eine Vollmacht dafür zu geben, über einen Bestand von 3200 Kux im gegenwärtigen Werte von etwa 250 Mill. M. zu verfügen, ohne die Gewerken-Versammlung zu befragen, wie es früher vorgesehen war. Nach einer neulichen Angabe sollen die neuen Kuxe erforderlichenfalls auf die Gewerkschaft Glückauf-Vebra, deren sämtliche tausend Anteile im Besitze von Glückauf-Sondershausen sind, übertragen werden. Liegt tatsächlich eine Ueberfremdungsgefahr vor, dann erscheint es gerechtfertigt, so schreibt die „Frkf. Ztg.", wenn die Verwaltung zu ihrer Abwendung Schritte unternimmt. Ist sie aber nicht drohend, dann haben allerdings die Gewerken alles Interesse daran, sich nicht so sehr die Verfügung über ihr Unternehmen einengen zu lassen wie es möglicherweise durch die Uebergenehmigung eines so großen Postens neuer Kuxe in einer Hand geschehen kann.

Geldmarkt und Banken

Die Darlehnskassen des Reiches schreiben in ihrem Jahresbericht für 1919, daß die zu befriedigenden Kreditansprüche anhaltend eine Zunahme zeigen. Die Geschäftsumsätze der Darlehnskassen stiegen auf 214,21 Mill. M. gegenüber 91,70; 68,54; 38,90; 16,84; 4,79 Mill. M. in den Vorjahren. Ende 1919 stellte sich der Darlehnsbestand auf 24,89 (+ 9,3) Mill. M. Zinsgewinne erbrachten 907,75 (459,05) Mill. M., während die Unkosten 27,88 (18,09) Mill. M. betrugen. Insgesamt waren Ende 1919 rund 3,58 Mill. M. mehr Darlehnskassenscheine ausgegeben als Ende 1918.

* **Deutschvölkische Bank, e. G. m. b. H., Berlin.** Dieser wirtschaftliche Zusammenschluß aller Deutschdenkenden und Deutschfühlenden nur arischer Abstammung nimmt Spargelder auch von Nichtmitgliedern auf und gibt bei täglicher Verzinsung 8 Proz., bei ½jährlicher Kündigung 3½ Proz. usw. Die Bank, eine e. G. m. b. H., befindet sich in Berlin W 57, Ziethenstraße 5.

*

Verband deutscher Fittingwerke. Nachdem nunmehr die drei rheinisch-westfälischen Werke, die auf der Stuttgarter Tagung nicht vertreten waren, nachträglich ihre Zustimmung erteilt haben, gilt der Verband um drei Jahre verlängert.

* **Wagengestellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle (S.) einschl. der anschließenden Privatbahnen) wurden am 11. Oktober für Kohlen, Koks, Briketts und Rapspreßteine gestellt 5536 Wagen zu 10 Tonnen, nicht gestellt 969 Wagen zu 10 Tonnen.

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten i. A.: Ernst Messerschmidt; für Volkswirtschaft, Provinz u. Sport: Hans Heilig; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Gellheim. Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192010122-13/fragment/page=0003

Der große Prunkfilm

Sumurun

mit **Pola Negri**

Händel-Verein.

Freitag, 15. Oktober, abends 8 Uhr Universitätsaula

I. Konzert (1920|21)

Programm: Mozart u. Beethoven: Quintette für Klavier u. Bläser, C. M. von Weber: Fagottkonzert (2 Sätze). Lieder von Haydn, Mozart, Schubert. Gewandhausbläser-Vereinigung. A. Nestler (Klavier), Else Fengler-Winter (Sopran) aus Leipzig.

Karten von 2.50 bis 8.— M bei **Reinhold Koch**, Alte Promenade 1a.

Morgen

Mittwoch, den 13. Oktober, abends 8 Uhr „Loge zu den 3 Degen" (Paradeplatz)

Joan Manén

Violine.

Am Klavier: Pura Lago.

Der berühmte spanische Geiger wurde vorige Woche in der ausverkauften Berliner Philharmonie in einzigartiger Weise gefeiert.

Karten bei **Reinhold Koch**, Hofmusikalienhandlung, Alte Promenade 1a.

Verband deutscher Musiklehrerinnen.

Unterrichtsvermittlung. Nachweis tüchtiger Musiklehrerinnen für alle Fächer durch **Frl. Schiefer**, Kl. Ulrichstr. 17. 3—4.

Statt Karten.

Meine Verlobung mit Frau **Helene Neubert** geb. Reetzke beehre ich mich ganz ergebenst anzuzeigen.

Halle a. S., den 27. September 1920.

Paul v. Hoepfner, Major a. D.
(vom früh. Mansfeld. Feldart.-Regt. Nr. 75).

Statt besonderer Anzeige.

Nach langem, reich gesegnetem Leben ist mein geliebter Mann, unser guter Vater und Großvater, der

Superintendent und Oberpfarrer i. R.

Hermann Schwahn

Sonntag abend heimgerufen worden.

Halle a. S., den 10. Oktober 1920.
Advokatenweg 42 I.

In tiefer Trauer:
Clara Schwahn geb. Pelkmann
Hermann Schwahn, Pastor, Aschersleben,
Erich Schwahn, Major, **und Frau**, Danzig,
Dr. Wilhelm Schwahn, Medizinalrat, **und Frau**, Offenbach a. M.,
Johannes Schwahn, Studienrat, **und Frau**, Langendreer, W.
Postdirektor **Stadel und Frau** Margarete geb. Schwahn, Barmen,
Magdalene Schwahn,
Sophie Schwahn geb. Vollbrecht, Bremen.

Beerdigung Donnerstag 11½ Uhr vormittags von der kleinen Kapelle des Gertraudenfriedhofes.

Statt besonderer Meldung.

Heute morgen starb nach langem, in großer Geduld ertragenem Leiden in der Klinik zu Halle unser einziger, lieber, hoffnungsvoller Sohn, Bruder, Neffe und Enkel

Herbert

im blühenden Alter von 20½ Jahren.

Schotterey, den 11. Oktober 1920.

In tiefer Trauer
Familie Emil Zanke.

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachm. 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Statt Karten.

Für die wohltuenden Beweise der Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen, des Rentiers

Wilhelm Roeder,

sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Die Hinterbliebenen.

Der große Prunkfilm

Sumurun

mit **Pola Negri**

Deutschvölkische Bank

e. G. m. b. H.,

Berlin W. 57, Zietenstrasse 5.

Postscheckamt Berlin 86830.

Werbt alle zum wirtschaftlichen Zusammenschluss!

Jeder deutsch Denkende und Fühlende nur arischer Abstammung kann und muß Mitglied werden. Annahme von Spargeldern auch von Nichtmitglied, arischer Abstammung.

Verzinsung:

Tägliche Gelder	3 %
¼jährl. Kündigung	3½ %
½ „ „	4½ %
1 „ „	5 %

Hierdurch beehren wir uns mitzuteilen, dass durch das Ableben von Herrn Maurermeister **Aug. Hensel** die Firma

Aug. Hensel, G. m. b. H.,

Bau-Ausführungen

keine Aenderung erfahren hat. Das Geschäft wird in dem bisherigen Aufbau weitergeführt und das Bestreben vorherrschen, weiterhin den guten Ruf zu erhalten, indem wir eine gewissenhafte, reelle Bedienung unseren verehrten Bauherren zusichern und bitten um ferneres Wohlwollen.

Hochachtungsvoll

Aug. Hensel, G. m. b. H.,
Bau-Ausführungen,
Architekt **F. Schatz**, Maurermeister.

Halle a. S., den 12. Oktober 1920.

Hohenzollernhof
(Grand-Hotel). Magdeburger Straße 65.
Heute Dienstag **Tanzabend.**
Verein Tanzeslust.

Wratzke & Steiger, Hoflieferanten, Poststr. 9/10.
Juwelen — Gold — Silber.

Herren- und Damen-Stoffe

in jeder Qualität und Preislage. Für Wiederverkäufer, Händler und Schneidermeister billigste Bezugsquelle.

Bin mit Mustern hier und nehme Aufträge nur noch heute Dienstag und Mittwoch von 2–5 Uhr nachm. entgegen.

Max Werter,
z. Zt. „Hotel Weltkugel".

Schieben Sie

nicht auf und machen Sie einen Versuch. Täglich 50 Mark und mehr verdienen Sie durch Verkauf unseres neuen, unentbehrlichen Artikels. Muster gegen 4 Mark vom

Versandhaus Monopol, Cottbus, Abt. IIc.

Billige Lebensmittel

hat abzugeben zu billigsten Tagespreisen:
500 Zentner prima Nierenfett
100 Zentner vollfetter Gouda-Käse
200 Zentner Chester-Käse
2000 Stück Handseife, ca. 200 gr
1000 Dosen engl. Lachs
1000 Dosen Fleisch und Bohnen

Wilhelm Eichstaedt, Dresden-A.
Tel. 15637. Antonsmarkthalle, Stand 33, Galerie. Lebensmittelgroßhandlung u. Versandgeschäft.

Stadt-Theater

Mittwoch, den 13. Okt.,
Und das Licht scheinet in der Finsternis.
Donnerstag:
Tannhäuser.

Gastwirtschaft Zoolog. Garten
Saal
an einig. Sonnabenden
noch frei.

Klavierunterricht

wird billig erteilt. Offert. unter **Z. 3234** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Erteile Nachhilfe

in den Unterstufen. Off. u. Z. 4235 a. d. Geschäftsst. d. Z.

Sehr preiswertes Angebot:

Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen

ca. 200 Zimmer in einfacher bis ganz reicher Ausführung.

Reichhaltigste Auswahl!

Möbelfabrik
Albert Martick Nachf.
Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S., Alter Markt 2.

Neuanfertigung sämtlicher **Herrengarderobe** führt preiswert aus **Wenden Umarbeiten**

O. Schimpf, Grafewegs.

Gutes, dauerhaftes **Gummiband** Strumpfb. kauft man b. Schneeflachl., Gr. Steinstr. 84.

Säcke

aus Papierstrewebe für

Kartoffeln, Zwiebeln, Gemüse usw.,

in großen Posten schnell lieferbar, offerieren

Vereinigte Sack- u. Jutewaren-Fabriken, G. m. b. H.,
Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 80.
Telef. Kgst. 2961/62. Tel.-Adr. Jutewarenfabrik.

Brennholz

Buche oder Kiefer, gesägt oder auch ofenfertig, in bekannten Qualitäten, jedes Quantum von 5 Ztr. an

Sachse & Müller,
Fernruf 6059. Bordorferstraße 1.

Stiften-Dreschmaschine

mit Gräpelsieb, gut erhalten, und

Röbersche Windsege

Ideal 3 mit Sackapparat billig zu verkaufen.

Albert Schöllner, Zscherben.
Hofleben 17.

Brenntorf

in schwerer tiefschwarzer Ware für Industrie und Hausbrand haben noch große Mengen abzugeben.

Kallenbach & Kisker, Erfurt.
Fernruf 3925. Telegr.-Adresse „Kaki".

Wir bitten unsere Leser ergebenst, alle Einkäufe u. sonstigen Besorgungen nur bei den Inserenten der „Hallischen Zeitung" vornehmen zu wollen.

Der große Prunkfilm

Sumurun

mit **Pola Negri**

Modernes Theater

Neue Promenade
Cabaret.

Am **Mittwoch** veranstaltet der so schnell beliebt gewordene Humorist

Edgar Raesel

eine **besondere Abendvorstellung** unter Mitwirkung aller Künstler.

Oeffentlicher Vortrag mit Lichtbildern

am Freitag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr in der Aula des Reform-Realgymnasiums: die Frage der Brennstoffverbrauchs im Haushalt durch Stadtrat Ecker, München.

Halle, den 11. Oktober 1920.

Der Magistrat.

Pianos bis 5000 M.

gute Marken, auch teurer kauft Walter Müller und erbittet Angebote m. Angabe von Preis, Fabrikat u. Alter an

H. Voigt, Antiquitäten,
Magdeburg, Kaiser-Wilhelmplatz 12
— Telephon 4168. —

Brillantschmuck

auch alte unmoderne Stücke kaufe zu erstaunlich hohen Preisen

H. Voigt, Antiquitäten,
Magdeburg, Kaiser-Wilhelmplatz 12, und erbitte Angebote nach dort, komme sofort.

Geräumige Einfamilien-Villa

mit Hof und Stallung in Mansfeld (Stadt) herrlicher Lage gegen ungefähr gleichwertiges Grundstück in Halle zu tauschen gesucht. Angebote erbeten an

Kreiskommissar Grosse,
Mansfeld (Stadt).

Auf Domäne Güsten

werden mit

35 PS. Hansa-Lloyd-Motorpflug

jetzt

Zuckerrüben

gekövlt und gehoben.
Besichtigung gestattet.

Hansa-Lloyd-Motorpflug-Vertrieb
Halle (Saale), Magdeburger St. 60.

Spedition

nach dem In- und Ausland

Lagerhäuser

20000 □-Meter mit Gleisanschluß an 7 Bahnhöfen und Häfen

Robert **Haberling-Berlin** W 8

Für Rentner, Rentnerin

Zwecks gemeinsamen Haushalts

(Dauerheim) sucht 56jähriger Witwer, Besitzer einer reizend gelegenen Villa des Südharzes **Ehepaar** oder **2 Damen**. Gefl. Offerten unter H. E. 2749 an Ala, Haasenstein & Vogler, Halle a. S.

Der große Prunkfilm

Sumurun

mit **Pola Negri**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192010122-13/fragment/page=0004

Zur Gründung eines Hallischen Bürgerbundes

Vom geschäftsführenden Vorstand des Bürgerausschusses geht uns nachstehender Schriftsatz zur Veröffentlichung zu:

„Die beabsichtigte Gründung eines Hallischen Bürgerbundes auf breitester Grundlage hat sowohl das unabhängige „Volksblatt" als auch die mehrheitssozialistische „Volksstimme" in den letzten Tagen zu Ausfällen gegen das Bürgertum veranlaßt, die mehr durch Gehässigkeit als durch objektive Würdigung der vorliegenden Tatsachen veranlaßt zu sein scheinen. Man glaubt aus dem Rundschreiben, das von dem vorbereitenden Ausschuß für die Reorganisation des bestehenden Bürgerausschusses resp. deren Umbildung in einen Bürgerbund an einflußreiche Persönlichkeiten unserer Stadt und an berufliche Organisationen gerichtet worden ist, schließen zu können, daß es sich hier um die Bildung einer „reaktionären" Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie im allgemeinen handelt, die nebenher auch die Absicht verfolgt, die bestehende republikanische Staatsform durch eine Gegenrevolution umzustürzen. Man spricht von einer beabsichtigten Einheitsfront von Minner bis Buse zur Niederzwingung der Sozialdemokratie. Daß die Dinge in Wirklichkeit wesentlich anders liegen, wird jeder zugeben müssen, der das erwähnte Rundschreiben ohne Parteifanatismus und ohne Nervosität geprüft hat. Nachdem die „Volksstimme" und das „Volksblatt" das Rundschreiben im Wortlaut veröffentlicht haben, erscheint es zweckmäßig, es auch den Lesern der übrigen hiesigen Blätter bekannt zu geben. Es lautet folgendermaßen:

„Sehr geehrter Herr!

Die vor uns liegenden Wochen und Monate bergen große Gefahren sowohl für das Staatsganze als auch für jeden einzelnen von uns in sich. Politisch wie wirtschaftlich sind wir den größten Spannungen ausgesetzt. Unsere Stadt ist in dieser Beziehung besonders vulkanischer Boden. Der hier bestehenden politischen Aktivität steht das Bürgertum noch ziemlich teilnahmslos gegenüber, obwohl es in seiner Existenz schwerstens gefährdet ist. Es ist höchste Zeit, daß es aufgerüttelt wird und sich zu einem kompakten Block — einem Bürgerbund — zusammenschließt. Schon einmal, kurz nach der Revolution, ist der Versuch der Zusammenfassung aller nichtsozialistischen Kreise gemacht worden. Er führte zur Gründung des Bürgerausschusses, der damals seine recht breit gesteckten Ziele erreichte. Im Laufe der Zeit aber ist infolge organisatorischer Fehler sein Einfluß auf das Bürgertum gesunken. Das Bürgertum gliedert sich in einzelne Interessengruppen, die aufeinander keinerlei Rücksicht nehmen. Diese Spaltung im Bürgertum muß zur Katastrophe führen, wenn der Radikalismus unter seinen fanatischen Führern zur Tat schreitet. Zwar bemüht sich die verfassungstreue Arbeiterschaft, ihre demagogisch mißleiteten Kollegen von unbesonnenen Experimenten abzuhalten. Ihre Kraft ist aber nicht stark genug, um einen Schutzwall gegen den Bolschewismus zu bauen. An ihre Seite treten muß die Einheitsfront des Bürgertums, dessen Existenz ja in erster Linie bedroht ist. Mit der größten Energie muß darauf hingearbeitet werden, die wirtschaftlichen und politischen Spaltungen des Bürgertums zu überbrücken. Die Gemeinsamkeit der Interessen ist da. Es kommt nur darauf an, sie der breiten Masse der Bürger deutlich vor Augen zu führen, und zwar auf dem schnellsten Wege, ehe es zu spät ist.

Unter Anlehnung an den bisherigen Bürgerausschuß, dessen Fehler vermieden werden müssen und können, ist eine weitgreifende Neuorganisation des gesamten Bürgertums in Halle nach bewährten Vorbildern der weitaus meisten deutschen Großstädte in die Wege geleitet und wird mit allen Kräften gefördert. Die Parteipolitik soll vollkommen ausgeschaltet werden, da in ihr die stärksten Spaltungsmomente enthalten sind. Es muß der Versuch gemacht werden, die gefährlichen Nebenerscheinungen der Parteikämpfe zu beseitigen und ungeachtet der in Weltanschauungen und Staatsauffassungen wurzelnden Gegensätze das allen Gemeinsame als Sammlungsbasis in den Vordergrund zu bringen. Dieses Gemeinsame liegt auf wirtschaftlichem und kommunalpolitischem Gebiete und erzwingt den Zusammenschluß zum Schutze gegen gemeinsame Gefahren. Das Bürgertum muß sich der Kraft der Geschlossenheit bewußt sein, so daß Erscheinungen vermieden werden, wie sie sich täglich als Folgen der bürgerlichen Lauheit bei den letzten Stadtverordnetenwahlen zeigen.

Auf Grund einehenden Studiums der Bürgerratsbewegung in anderen Großstädten ist die Sammlung des Halleschen Bürgertums von rechts bis in die Reihen der staatserhaltend gesonnenen Arbeiterschaft hinein in die Wege geleitet. Bei der Organisation steht uns die Mitarbeit eines auf dem Gebiete besonders erfahrenen Herrn zur Verfügung. Die Arbeit soll mit größter Intensität betrieben und großzügig durchgeführt werden.

Ehe wir uns an die breiteste Oeffentlichkeit wenden, erscheint es uns aber erwünscht, erst einen kleineren Kreis maßgebender Personen zu interessieren, auf die wir uns agitatorisch wie finanziell stützen können.

Wir hoffen, daß auch Sie für unser Wollen warmes Verständnis haben und bereit sind, uns zu helfen, wenn Sie sehen, daß die Sache zielbewußt und energisch angepackt wird. Darum wenden wir uns vertrauensvoll an Sie mit der Bitte, dem Reorganisationskomitee des Bürgerausschusses bzw. dem Gründungsausschuß des Bürgerbundes beizutreten und durch Ueberweisung einer einmaligen Geldspende zu helfen.

Sie dürfen versichert sein, daß es uns ernst ist mit den angegebenen Zielen, und daß wir alle unsere Kraft daransetzen werden, das Ziel zu erreichen. Wir sind uns dabei der Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, voll und ganz bewußt, haben aber andererseits das feste Vertrauen, daß wir sie überwinden werden.

Auf Wunsch stehen wir zu persönlichen Aufklärungen gern zur Verfügung und bitten, uns eventuell Nachricht zu geben über Ort und Zeit einer erwünschten Rücksprache.

Im Interesse der Sache bitten wir um tunlichste Beschleunigung, denn die drohenden Gefahren nötigen zum schnellen handeln.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Der geschäftsführende Vorstand des Halleschen Bürgerausschusses.

Wie liegen denn danach die Dinge? Wir haben eine Verfassung des Deutschen Reiches, die die republikanische Staatsform festgelegt hat. Auf den Boden dieser Verfassung haben sich alle bürgerlichen Parteien ebenso gestellt, wie die Mehrheitssozialdemokratie und ein großer Teil der Unabhängigen. Wenn einzelne Parteien in ihren Parteizielen für eine andere Staatsform eintreten, so ändert das doch nichts an der Tatsache, daß sie die Durchsetzung ihrer Ziele auf verfassungsmäßigem Wege durch Gewinnung einer Volksmehrheit zu erreichen suchen und von gewaltsamen Umsturzversuchen nach dem Muster des Kapp-Putsches nichts wissen wollen. Gegen diese Bestrebungen wird man um so weniger gewaltsam etwas unternehmen können, als sie durch die verfassungsrechtlich gewährleistete Meinungsfreiheit zugelassen sind. Andererseits macht sich bekanntlich in neuerer Zeit ganz besonders in den kommunistischen und radikal-sozialistischen Kreisen das Bestreben geltend, die Massen zu einem gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung und zur Einführung des politischen Rätesystems unter Beseitigung der demokratisch-republikanischen Staatsverfassung zu veranlassen. Die Vertreter dieser Propaganda stellen sich alle bewußt gegen die bestehende Staatsordnung und außerhalb derselben und werden deshalb auch von den auf verfassungsmäßigem Boden stehenden Sozialdemokraten bekämpft. Das ist die politische Seite der Sache. Daneben kommt aber auch eine vorwiegend wirtschaftliche Seite in Frage, und zwar die, welche sich mit der Zertrümmerung der Basis beschäftigt, die dem deutschen Volke heute allein die Möglichkeit bietet, aus den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen auf eine einigermaßen erträgliche Lebensbasis zu kommen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen geht es nicht an, daß das Wirtschaftsleben andauernd erschüttert wird durch Versuche, die Wirtschaftsgrundlage so zu gestalten, daß große Teile des deutschen Volkes zugrunde gehen müssen. Die radikal-sozialistischen Kreise gebärden sich so, als ob das ganze deutsche Volk nur aus Anhängern ihrer wirtschaftlich-politischen Ideen bestände; sie streben offensichtlich, die Arbeiterschaft als bevorrechtigte Klasse hinzustellen, die rücksichtslos über alle anderen Teile des Volkes hinweggehen und sie nur noch als Objekt der Gesetzgebung zulassen könne. Diese Kreise, denen bei Durchsetzung der radikalen Ziele die Entrechtung oder gar die Vernichtung droht, haben nicht nur das Recht, sondern die selbstverständliche Pflicht, sich gegen die ihnen drohenden Gefahren zusammenzuschließen. Das und nichts anderes wollen diejenigen, die die Bildung eines Halleschen Bürgerbundes auf breitester Basis in die Hand genommen haben. Auch die Bürgerschaft weiß, daß die Zeit vorbei ist, daß im deutschen Vaterlande gegen die Sozialdemokratie regiert werden kann. Das haben schon im Wahlkampfe sämtliche bürgerliche Parteien zugestanden. Das bedeutet aber noch lange nicht, daß der Sozialdemokratie das alleinige Recht zusteht, über die Geschicke des deutschen Volkes (des gesamten) einseitig zu bestimmen. Es muß noch eine Form gesucht werden, die die durchführbaren sozialistischen Ideen einigermaßen in Uebereinstimmung bringt mit den Interessen der anders denkenden Volkskreise. Das kann aber nur auf dem Wege der Verhandlungen erfolgen wie sie gegenwärtig schon mit einigem Erfolge in den verfassungsmäßigen Instanzen gepflogen werden. Die Arbeiterschaft hat bei diesen Verhandlungen insofern ein Uebergewicht, als sie bereits in festgeschlossenen Verbänden auftritt. Es ist eben unbedingt nötig, einen gerechten Ausgleich zu finden. Darum ergeht der Aufruf an das Bürgertum, sich zur Wahrung seiner Interessen ebenso fest zusammenzuschließen, als es bei der Arbeiterschaft schon der Fall ist. Dabei wird unter Bürgertum nicht nur der Gewerbetreibende, Kaufmann, Beamte, Industrielle usw., sondern auch der Angestellte und der Arbeiter betrachtet, der sich auf verfassungsrechtlichen Boden stellt. Welcher politischen Partei er angehört, spielt dabei gar keine Rolle, wie überhaupt bei der Gründung eines Bürgerbundes parteipolitische Gesichtspunkte vollkommen ausgeschaltet werden. Der Bürgerbund soll keine politische Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie, sondern eine Sammlung der bürgerlichen Elemente zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen bringen. Daß diese Sammlung sich auch gegen Bestrebungen richtet, die sich außerhalb der bestehenden Staatsform stellen, und die durch diese Staatsform gewährleistete wirtschaftliche Basis gefährden, ist selbstverständlich. Diese Ziele sind so klar, daß sie wohl jeder einsehen muß, der klar zu denken vermag. Wir halten die Sammlung des Bürgertums in diesem Sinne für sehr erwünscht und hoffen, daß sie zustande kommen wird."

•

Soweit die Zuschrift des Bürgerausschusses. Wir bringen sie lediglich deshalb zum Abdruck, um unsern Lesern von den vom Bürgerausschuß ausgehenden Bestrebungen Kenntnis zu geben. Einstweilen sind wir nicht in der Lage, einem Anschluß an den Bürgerausschuß zwecks Ausbaues zu einem großen Bürgerbunde das Wort reden zu können. Nicht deshalb, weil aus dem Rundschreiben hervorgeht, daß es dem geschäftsführenden Ausschuß in erster Linie um die Gewinnung finanzieller Mittel zu tun zu sein scheint. Sondern aus andern Gründen.

Einmal können wir uns nicht die Auffassung zu eigen machen, welche der geschäftsführende Vorstand des Bürgerausschusses in dem Kommentar zu dem Rundschreiben über den Zweck des Bürgerbundes darlegt. Nach diesem Kommentar soll der Bürgerbund „keine politische Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie, sondern eine Sammlung der bürgerlichen Elemente zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen bringen". Das ist ein Widerspruch in sich. Man kann die wirtschaftlichen Interessen der Bürgerschaft nicht schützen, wenn man auf einen Kampf gegen die Politik der Sozialdemokratie verzichtet. Denn die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie, die auf die Verwirklichung des Sozialismus gerichtet ist, bildet einen integrierenden Bestandteil ihres Gesamtprogramms, und dieses enthält auf kulturellem Gebiet zum mindesten die gleichen Gefahren für die bürgerliche Gesellschaft und den Staat wie auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik. Man kann die daraus entspringenden wirtschaftlichen Gefahren nur verhindern, wenn man die sozialistische Weltanschauung und Staatsauffassung überhaupt — durch Aufklärung der Bevölkerung— bekämpft, wenn man also eine Einheitsfront aller bürgerlichen Elemente gegen die Sozialdemokratie herstellt. Wobei wir ausdrücklich hervorheben möchten, daß wir unter „Bürgertum" nicht eine Abgrenzung nach Berufsarten verstehen. Zum deutschen Bürgertum zählen wir alle diejenigen Deutschen, welche den Schutz der Gesamtheit aller Deutschen gegen Angriffe der Gesamtheit aller Franzosen, Polen usw. höher stellen als die Wahrung der Interessen aller Arbeitnehmer gegen alle Arbeitgeber, welche die Menschen nach der Verschiedenheit der Rassen und der Nationalität abgrenzen und nicht nach der Verschiedenheit ihrer Berufe, welche den völkisch-nationalen Gedanken in den Vordergrund rücken und nicht den Klassengedanken. Mit ersterem wird die Gesamtheit der Deutschen geeint, mit letzterem werden sie gespalten und zersplittert. Wir nehmen die Gegenüberstellung nicht von Bürgertum und Arbeiterschaft vor, sondern von Bürgertum und Sozialdemokratie (und deren Anhängsel). Den deutschen Arbeiter, der sich zum völkisch-nationalen Gedanken bekennt, rechnen wir zum Bürgertum, und den deutschen Professor, Rechtsanwalt, Kaufmann usw., der dem international-sozialistischen Gedanken den Vorzug gibt, können wir nicht in das deutsche Bürgertum einschließen. Deshalb können wir nicht der Auffassung des Kommentars beitreten, daß nicht gegen die Sozialdemokratie regiert werden dürfe. Wir halten es im Gegenteil für unumgänglich notwendig, daß gegen sie regiert werde, sobald praktisch nur die Möglichkeit dazu besteht. Sofort möglich aber ist es, daß man durch Aufklärung — andere Mittel gibt es nicht! — die sozialistische Gedankenwelt zu beseitigen sucht. Denn das ist die Vorbedingung, um gegen die Sozialdemokratie praktisch-parlamentarisch regieren zu können. Diese Gedankenwelt aber wird man nicht zerstören können, wenn man den Kampf nur um wirtschaftliche Interessen führt, wie es von dem Bürgerausschuß beabsichtigt wird.

Aus dem Rundschreiben geht übrigens noch hervor, daß der Bürgerbund in Zukunft Vorgänge verhindern soll, wie sie letzthin der Wahl „unabhängiger" Stadträte durch die Stadtverordnetenversammlung darstellt. Solche kommunalpolitische Betätigung des Bürgertums gegen die Sozialdemokratie ist immer typisch für die Haltung des Freisinns und jetzt der Demokratie gewesen. Freisinn und Demokratie haben beispielsweise in den Großstadtgemeinden, wo sie im Stadthaus über die Mehrheit verfügten, hartnäckig an demselben Dreiklassenwahlrecht festgehalten, gegen das sie im Staate mit kaum zu überbietender Gehässigkeit Sturm liefen. Sie sind bei ihrem Kampfe gegen die Sozialdemokratie immer nur um ihre wirtschaftlichen Interessen — oder um es anders zu sagen: um ihren Geldbeutel — besorgt gewesen, niemals um die Stärkung des nationalen Gedankens. Diese Erinnerungen drängen sich auf, wenn man Rundschreiben und Kommentar liest, und man kann durch beide, verstärkt durch solche Erinnerungen, nur zu dem Eindruck kommen, daß die genannten Bestrebungen von demokratischen Kreisen ausgehen. Zu dieser Erkenntnis kann man, wie gesagt, allein schon durch logische Folgerungen gelangen, ohne zu wissen, daß das Rundschreiben von Herrn Minner (demokratischer Stadtverordneter) und der Kommentar dazu von Herrn G. Jacob-Margella, dem politischen Hauptschriftleiter der „Saalezeitung", stammt. Weiß man dieses aber außerdem noch, dann wird man doppelt vorsichtig sein, ehe man zu einem Anschluß an diesen „Bürgerbund" rät. Diese einseitige Zusammensetzung der Kreise, von denen die Initiative zur Schaffung eines Bürgerbundes ausgeht, ist der zweite Grund, der uns veranlaßt, vorläufig zur Zurückhaltung zu mahnen. Denn es darf nicht geschehen, daß der Bürgerbund ein Instrument zur Vertretung demokratischer Parteiinteressen wird.

Trotzdem halten wir für notwendig, daß von seiten des gesamten Bürgertums etwas geschieht. Sein Zusammenschluß zu einem „Bürgerbunde" darf aber nicht den einseitigen Zweck verfolgen, der ihm von dem Rundschreiben unterstellt wird. Wenn es nicht möglich ist, in dem Sinne zu wirken, wie wir es dargestellt haben — und das wird in diesem Rahmen nicht möglich sein —, dann kann es sich nur um eine Sammlung aller ordnungliebenden Elemente gegen alle zu Gewalttätigkeiten neigenden Elemente handeln. Eine solche Sammlung würde nicht den Zweck haben, irgendwelche wirtschaftlichen Interessen zu vertreten, sondern nur die Sicherheit von Person und Eigentum zu gewährleisten und die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Ein solcher „Bürgerbund" würde nichts anderes sein als eine Art „Sipo in Zivil", der bei Unruhen in Funktion tritt, sobald Polizei und Militär den Ruhestörern allein nicht gewachsen sein sollten. Eine solche Zweckbestimmung würde auch dem Anschluß von Mehrheitssozialisten, die Gewaltakte ablehnen, nicht im Wege stehen.

Helmut Böttcher.

Halle und Umgebung

Halle, 12. Oktober

Evangelischer Erziehungstag für die Provinz Sachsen

Der zweite Tag sah am Vormittag den Gesamtvorstand der Provinzialgruppe „Sachsen" des Bundes „Haus und Schule" im Diakonissenhause versammelt. U. a. wies Bundesdirektor Winkler auf die große Gefahr hin, in der die evangelische Erziehungssache schwebt und zeigte Wege zur Organisation derselben in evangelischen Schulgemeinden und Ortsgruppen des Bundes. Weiter wurde beschlossen, den Evangelischen Erziehungstag zu einer ständigen Einrichtung zu machen, ihn alljährlich am Sonntag nach dem Erntedankfeste abzuhalten und ihn durch die Städte der Provinz wandern zu lassen.

In der Hauptversammlung am Nachmittag nahm der Erziehungstag schriftliche und mündliche Grüße entgegen von der heimatlichen Provinzialkirche, dem Hauptvorstande des Bundes „Haus und Schule", der brandenburgischen Provinzialgruppe, dem Ev.-Soz. Preßverbande, den Frankeschen Stiftungen und dem Ev. Schulverein in der Provinz Sachsen und Anhalt. Sodann ergriff ein Altmeister evangelischer Pädagogik, Geh. Reg.-Rat Prof Voigt-Thale, das Wort zu seinem Vortrage „Die Stellung des Religionsunterrichts zum nationalen Bildungswesen". In tiefgründiger Ausführung wies er nach, daß Religion, und zwar die auf dem Evangelium von dem Gottmenschen Jesus Christus beruhende Religion, dem menschlichen Wesen durchaus angemessen sei, eine religionslose Moral bei näherer Untersuchung sich als Täuschung herausstelle und der geschichtliche Offenbarungsgehalt der christlichen Religion lehrbar sei. Nicht nur Kirche, Schule und Haus, sondern ebensosehr der Staat, besonders aber der demokratische Staat, bedürfen der christlichen Jugendunterweisung. Der Religionsunterricht erfordere darum im Rahmen des nationalen Bildungswesens völlige Gleichwertung mit allen anderen Unterrichtsfächern. Auf Antrag von Superintendent a. D. Dr. Harnisch-Halle nahm die Versammlung folgende Entschließung an:

„Nach Anhörung und Besprechung des Vortrags des Herrn Geheimen Regierungsrats Professor Voigt über die Stellung des Religionsunterrichts im nationalen Bildungswesen erhebt der Evangelische Erziehungstag für die Provinz Sachsen in seiner Hauptversammlung am 11. Oktober 1920 die Forderung, daß dem christlichen Religionsunterricht eine ebenbürtige Stellung neben den anderen Bildungsstoffen innerhalb des nationalen Bildungswesens grundsätzlich zuerkannt und praktisch gewährt werde."

In der Abendversammlung, die Sup. a. D. Dr. Harnisch mit dem Worte seines verewigten Vaters, des großen Weißenfelser Seminardirektors, eröffnete: „Die Erziehung braucht Stille und Wärme", sprach Bundesdirektor Winkler aus Oels über „Christliche Erziehung und zerstörender Zeitgeist". Nachdem er die christliche Erziehung als die der Wirklichkeit und Wahrheit, des Muts, der Kraft und der weltweitesten Bildung über das Diesseits hinaus geschildert hatte, zeigte er den Zeitgeist als den Geist frecher Zuchtlosigkeit, Autoritäts- und Pietätslosigkeit, der großgezogen ist durch die Entwicklung des schrankenlosen Diesseitigkeitssinns, des uferlosen Subjektivismus und der vernunftlosen Kritik. Demgegenüber stellen wir die Erziehung zu dem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192010122-13/fragment/page=0005

von Gott uns geschenkten Vaterlande zur völkischen Innerlichkeit und zum christlichen Glaubensgehorsam. Diese schwere Aufgabe ist nur lösbar durch Veterarbeit der Erzieher. Solche fordern wir nicht nur fürs Haus, sondern auch für die Schule. Darum vereinige sich die evangelische Elternschaft zu evangelischen Schulgemeinden, die die Schule mit der Bibel verteidigen. Der Vorsitzende legte der Versammlung nachstehende einmütig angenommene Entschließung vor:

„In der Ueberzeugung, daß nur die evangelische Schule dem Worte unseres Herrn Jesu Christi und dem Bekenntnis unserer Kirche entspricht, und nur sie sich in Gemeinschaft mit dem christlichen Hause zur Bildung fest in sich geschlossener christlicher Persönlichkeiten eignet, verpflichten wir uns nachdrücklich für Erhaltung des evangelischen Charakters unserer Schulen einzutreten und legen den Bundesmitgliedern und allen evangelischen Gemeinden unserer Provinz warm ans Herz, da Gefahr im Verzuge ist, durch recht baldige Bildung von evangelischen Schulgemeinden, soweit sie noch nicht vorhanden sind, dieses für unsere Jugend und unser Volk notwendige und heilsame Ziel mit aller Kraft zu fördern."

Die Provinzialgruppe „Sachsen" des Bundes „Haus und Schule".

Wiedereinführung der Fleischzwangswirtschaft?

Die Freigabe der Fleischzwangswirtschaft hat einen Fleischauftrieb auf allen Schlachthöfen herbeigeführt, der nach Meinung der zuständigen Reichsressorts im Winter zu Schwierigkeiten führen wird. Die Landwirte haben aus Konjunkturgründen und vielfach auch wegen Futtermangels große Bestände ihres Viehes verkauft, so daß in Deutschland zurzeit Fleischüberfluß herrscht. Dieser Zustand dürfte aber kaum längere Zeit andauern und bereits in wenigen Wochen wird sich Fleischmangel bemerkbar machen. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß die Zwangswirtschaft für Fleisch wieder eingeführt werden muß. Die Aufhebung hat jetzt allerdings einen Vorteil gebracht: der Schleichhandel mit Fleisch hat aufgehört. Bemerkenswert ist, daß die Händler Fleisch an Gemeinden nicht verkaufen wollen, weil sie sich verpflichtet haben, nur an die Fleischer-Organisationen zu verkaufen und dadurch in der Lage sind, die Preise zu diktieren. Durch den augenblicklichen Fleischüberfluß sind die Preise für Fische bedeutend gesunken.

Die Nahrungsmittelversorgung in Halle

— **Städtischer Verkauf von Käse** in der Talamtschule am Mittwoch, den 13. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 55 001 bis 57 000 vormittags von 8—12 Uhr und nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 115 Gramm zum Preise von 1 M. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

— **Verkauf von Milch.** Die in letzter Zeit festgestellten zahlreichen Verstöße geben Veranlassung, erneut darauf hinzuweisen, daß bei den täglichen Milcheinkäufen die Milchkarten stets vorzulegen sind und den Händlern Milchkarten zur Verwahrung nicht übergeben werden dürfen. Die Milchhändler werden auf die strenge Einhaltung der gegebenen Bestimmungen und darauf hingewiesen, daß eine Abgabe von Milch ohne Vorlage der Milchkarten nicht stattfinden darf und die Milchkartenabschnitte täglich abzutrennen oder zu entwerten sind.

— **Städtischer Verkauf von Graupen an Haushalte mit gelb umränderten Lebensmittelscheinen, ferner von Kerzen, Malzextrakt, Trockenei und Bratfett an alle Haushalte** in der Talamtschule am Mittwoch, den 13. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 48 001—58 000 vormittags von 8—12 und die Inhaber der Nummern 58 001—57 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person der Haushalte mit gelb umränderten Lebensmittelscheinen 140 Gr. Graupen zum Preise von 20 Pfg., an jeden Haushalt 4 Kerzen zum Preise von 4,50 M. für vier Stück, ferner an jede Person aller Haushalte 1 Dose Malzextrakt zum Preise von 4,80 M., 50 Gr. Trockenei (Ersatz für 5 Eier) zum Preise von 4 M. und ½ Pfund Bratfett zum Preise von 6 M. für das halbe Pfund abgegeben werden.

Theater, Konzerte, Vorträge

— **Stadttheater.** Heute, Dienstag, abends 7½ Uhr gelangt „Christa die Tante" zur ersten Wiederholung. Mittwoch, abends 7½ Uhr geht das Drama „Und das Licht scheinet in der Finsternis" von Leo Tolstoi in Szene. Donnerstag abends 7 Uhr „Tannhäuser", Freitag „Fra Diavolo", Sonnabend „Als ich noch im Flügelkleide", Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Flachsmann als Erzieher", Sonntag abend „Die Entführung aus dem Serail", Oper in drei Akten von Mozart.

— **Jean Manén-Konzert.** Es sei nochmals auf das morgen, Mittwoch, den 13. Oktober, in der Degenloge (Paradeplatz) stattfindende Konzert des spanischen Geigenkünstlers, des berufensten Nachfolgers Sarasates, hingewiesen. Da die Kartennachfrage eine außerordentliche ist, bemühe man sich rechtzeitig um Plätze bei Reinhold Koch, Alte Promenade 1a.

— **Tanzabend Adrienne-Ursula Hacker.** Die weitbekannte Hellerau-Tänzerin wird sich in Halle, wo man ein besonderes Verständnis für die Jacques Dalcroze-Schule hat, erstmalig in der Degenloge, Paradeplatz, am Donnerstag, den 14. Oktober, zeigen. Man rühmt ihr ein besonders scharf ausgeprägtes Gefühl für Rhythmik und ein rassiges Temperament nach. In Norddeutschland und in der Rheingegend hat sie oft unter Johann Strauß Orchesterleitung getanzt. Karten bei Reinhold Koch, Alte Promenade 1a.

— **Konservativer Verein für Halle und den Saalkreis.** Zu dem Vortrag des Schriftstellers Eberhard König am Freitag abend 8 Uhr im Magarifaal über eigene Dichtungen können unsere Mitglieder Einlaßkarten zu ermäßigtem Preise in der Geschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei, Alte Promenade 10, erhalten.

— **Kohlenversorgung.** Die Ortskohlenstelle gibt bekannt: Der Erlaß einer Verordnung durch den Reichskommissar für die Kohlenversorgung in Berlin über die Neuregelung des Landbezuges im Bezirke der amtlichen Verteilungsstelle für den Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau in Halle steht unmittelbar bevor. Das Inkrafttreten der Verordnung am 1. November 1920 ist seitens des Reichskohlenkommissars eine beschlossene Tatsache. Die Versorgungsbezirke des mitteldeutschen Braunkohlengebietes haben nach erhaltener Kenntnis in letzter Stunde versucht, ihre berechtigten Bedenken gegen diese Verordnung in mündlichen Verhandlungen mit der amtlichen Kohlenverteilungsstelle Halle und durch persönliche Rücksprache bei dem Reichskohlenkommissar zum Ausdruck zu bringen. Die Verordnung mit ihren schärfen der Kohlenversorgung allgemein treffenden Bestimmungen anwenden, ihr Inkrafttreten bis zum Beginn des nächsten Heizjahres hinausaufschieben bzw. durch Abänderungsvorschläge die Bestimmungen im allgemeinen Interesse zu mildern, haben die Vertreter der Versorgungsbezirke mit allem Nachdrucke zu erreichen versucht — umsonst! Die Versorgungsbezirke des mitteldeutschen Braunkohlengebietes haben zde Verantwortung für die Folgen, die sich mit Wahrscheinlichkeit aus der Verordnung infolge der Nichtberücksichtigung der von den Vertretern der Versorgungsbezirke gemachten Vorschläge um Anpassung an die verschiedenartigen Verhältnisse in unserem Gebiete und aus der Entfernung der Verordnung ohne vorherige Anhörung der Versorgungsbezirke, welche die in der Kohlenversorgung gesammelten Erfahrungen gern mit zur Verfügung gestellt haben würden, ergeben, einmütig abgelehnt. Diese von den Versorgungsbezirken eingenommene Haltung ist von diesen dem Reichskohlenkommissar und dem Reichswirtschaftsministerium auf dem schnellsten Wege unterbreitet worden. Die Verordnung liegt den Versorgungsbezirken endgültig formuliert augenblicklich noch nicht vor. Ihre Veröffentlichung wird aber in den nächsten Tagen erfolgen. Es ist von Interesse für die Inhaber von Landabfaßscheinen, schon heute zu erfahren, daß die angekündigte Verordnung die Gültigkeit der sich in ihren Händen befindlichen Landabfaßscheinen über den 1. November 1920 hinaus ausschließt. Den Inhabern von Landabfaßscheinen wird deshalb nahegelegt, die Belieferung bis zum genannten Termine mit den Werken bzw. mit den mit der Anfuhr Beauftragten zu bereinbaren.

Vereins-Nachrichten

— **Hallescher Schwimmverein von 1902.** Die regelmäßigen Uebungsstunden im Stadtbad finden wie bisher Dienstags von 7—9 Uhr abends für Herren und Knaben, Mittwochs von 7—8 Uhr abends für Damen und Mädchen statt.

— **Im Christlichen Verein Junger Männer,** Geiststraße 28, spricht Mittwoch um 8½ Uhr abends Herr Dr. phil. Wichmann über „Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus". Gäste haben freien Zutritt.

H.Z. Sportberichte

— **Voraussagen für Frankfurt a. M.,** 12. Oktober. 1. R.: Stall Weinberg—Stall Opel; 2. R.: Philomele—Ortrud; 3. R.: Pallensteiu—Pallenberg; 4. R.: Romanze—Oberfeldherr; 5. R.: Narew—Florbasiskirstin; 6. R.: Calcum—Grosiee.

— **Voraussagen für Krefeld,** 13. Oktober. 1. R.: Stall Oppenheim—Raptator; 2. R.: Meisberg—Czemerthe; 3. R.: Perikes—Stall Oppenheim; 4. R.: Bannwart—Armenier; 5. R.: Chalzil—Palestro; 6. R.: Daphne—Tolson; 7. R.: Wolfram—Givet.

— **Die Schlußrahrennen in Erfurt** gingen vor gut besetztem Hause vor sich. Der Herbst-Preis über 70 Klm. bildete die Hauptnummer; Kuschkow siegte im Gesamtklassement mit 69,720 Klm. vor Müller, 68,010 Klm. und Pawke 63,580 Klm. Ein Fliegermatch in drei Läufen sah den alten Bettinger in Front, der alle 3 Läufe an sich brachte vor Herbst-Mürtenberg und Heuer-Leipzig.

Spediteur Hilmar Kaufmann, Fernsprecher 6432 empfiehlt sein
Magdeburger Strasse 57 belegenes **Privatgleis**
zur schnellsten und billigsten **An- und Abfuhr von Waggonladungen.**

Stellen-Angebote

Ich suche einen
jüngeren Verwalter,
welcher sich unter meiner Leitung noch weiter ausbilden kann. Zeugnisabschriften und Gehaltsforderungen einsenden. Vorstellung nur auf Wunsch.
Oberamtmann H. Müller,
Hammergut Rockau,
Station Dornburg a. S.

Kantinen-Verwalterin
gesucht.
Dieselbe muß gute Köchin sein und den Kantinenbetrieb durchaus überwachen und vorteilhaft führen können. Angebote mit Zeugnis, Gehaltsansprüchen und Bild unter **Z. 4229** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Drei erste Hamburg. Häus. d. Drogen- u. Chemikalien-, Mineralöl- u. Trav- sowie Futterfischmehl-Branche suchen gemeinsam tüchtigen
Vertreter
zum Verkauf an Großabnehmer (Händler). Ang. mit Lebensläufen, Referenzen unter **H. F. 2125** bef. **Rudolf Mosse, Hamburg.**

Jüngere Verwalter finden Stellen durch Hinweis, Inh. Friedrich Careis, gewerbsmäßiger Stellenvermittler, Schmeerstraße 17/18 II.

Verkäufe

Rittergut,
Norddeutschland, Ja. milder Lehmboden, 1200 Mg., 1 km Station, beste Leutewohnung, Herrenhaus im Park, Wirtschaftsgebäude neu, Elektrisch Kraft u. Licht, 120 Rindvieh, 40 Pferde, 4500 M. pro Morgen, verkaufe wg. Uebernahme meiner Farm. Off. u. **Z. 4500** a. d. Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Abbruch
eines großen neuen Holzschuppens im Schlachthof Halle a. S., ca. 95 m lang, 11 m tief und 450 m Traufhöhe, als Bagerschuppen, Feldscheune usw. passend, binderweise zu verkaufen. — Desgleichen Kantbola, Dachschalung, Fußboden, Fenster, ca. 250 qm, 8 m Drahtglas in Tafeln 84×140. Besichtigung am Schlachthof.
A. Dohme, Herderstraße 9, p.

Lagerhalle freitr. Holzkonstruktion, 1200 qm Fläche, m. Fenster und Schiebetore, 4,50 m Traufhöhe, **verkäuflich.** Näher **Friedr. Knape,** Baugeschäft, **Halle a. S.** Fernspr. 6700.

Saatkartoffeln
Up to date, Wohlmann, Ella, Kuckuck, Industrie, Maercker, Hindenburg, Weddingen, Deodora, Parnassia u. and. Sorten aus Sandboden liefert ladungsweise Hans Kiner, **Handelshaus, Leipzig, Roscherstr. 13.** Tel. 2962.

Deutsche Schäferhündin,
reinrassig, 11 Mon. alt, sehr wachsam, schönes Tier, geflügelkromm, Stammbaum, andressiert, für 1000 Mark **zu verk. per Curt Seinäter, Naumburg,** Gr. Marienstr. 2.

Morgen Mittwoch trifft ein großer Transport großer nordamerikan.
Maultiere

bei mir ein.
S. Pfifferling
Halle a. Saale, Franckestraße 17.
Telephon 6288.

Alter Flügel,
neu hergestellt, preiswert an Privat zu verkaufen. Offert. erb. unt. **Z. 4501** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Klavier billig zu verkaufen. Landsbergerstr. 65 II l.

Einige Zentner Speisekartoffeln abzugeben. **Kegel,** Steinweg 53 I.

Von Mittwoch, den 13. Oktober ab
empfehle ich eine große Auswahl
belgischer, dänischer und schwedischer

Arbeitspferde
im Alter von 4 bis 6 Jahren, sowie mehrere Paare englische
Wagenpferde
desgleichen mehrere **billige Rassepferde.**
Pferde werden mit voller Garantie sehr preiswert verkauft.
Louis Stephan, Halle a. S., Töpferplan 3.
Telephon 5543 und 4426.

Donnerstag, den 15. steht ein großer Transport prima Feverländer hochtragender
Kühe u. Färsen,
Zuchtbullen und Kuh- u. Bullenkälber
bei mir zum Verkauf.
Naundorf,
Schlettau a. Saale Nr. 19.

Wir bitten unsere Leser ergebenst, alle Einkäufe u. sonstigen Besorgungen nur bei den Inserenten der „Halleschen Zeitung" vornehmen zu wollen.

Zwangsversteigerung.
Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am **16. Dezember 1920, vormittags 10 Uhr** an der Gerichtsstelle — Poststraße 13, Zimmer 45 — versteigert werden das im Grundbuche von Landsberg Band 11 Blatt 45 eingetragene Eigentümer am 23. September 1920, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Malermeister August Brode zu Landsberg) eingetragene Grundstück Merseburgerstr. 73, Gemarkung Landsberg. Anteil an den ungetrennten Hofräumen, unvermessen, jährlicher Gebäudesteuer-Nutzungswert 430 M. u. Katasterblatt 1, Parzelle 82 u. 83, in den Lehmlächern 70 Ar Acker von insgesamt 22 Ar 20 qm Größe und 3,13 jährlichem Grundsteuerreinertrag.
Halle a. S., den 7. Oktober 1920.
Das Amtsgericht, Abteilung 7.

Kauf Miete
unter günstigen Bedingung., auch Teilmengen, abzugeben:
5000 m Feldbahngleis,
40 Muldenkippwagen, Weichen und Drehscheiben,
500 und 600 mm Spur.
Heinrich Elias & Co.,
Feld- u. Kleinbahnen, **Berlin W. 62,** Lutherstrasse 44.
Telegr.-Adr.: Bahnelias

Wenn gestreikt wird
und Sie sind ohne Licht, treffen Sie herbe Verluste. Darum sorgen Sie rechtzeitig. Mein „Petroleum-Benzol-Starklichtlampen" sind ein herrliches billiges Licht, das jeder Kluge rechtzeitig beachtet. — Verlangen Sie heute noch Offerte. Tel. 4025 und 4316.
Kurt Litzenberg, Lampenfabrik, Verkaufsstelle, Laden Große Steinstr. 11.

Schlafzimmer u. Küchen, Wohn-, Herren- u. Speisezimmer, auch einz. Möbel, empfiehlt
H. Bergmann,
Inh. **R. Ebeling,** Möbelfabrik u. Magazine, Halle, Fleischerstr. 30/31.

Lebende Spiegel-Karpfen,
rein schmeckend, 1—4-pfündige, Pfund 13.— Mark.
Karl Pfeiffer, Neumarktfischhalle, Geiststraße 33. Telefon 6658.

Herrenzimmer,
neu, schwer, dunkel Eiche geschnitzt m. Klubgarnitur (Gobelin), ebenso ein
Klavier
(Nußbaum), gebraucht, umständehalber zu verkaufen. Off. unt. Z. 4503 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Ia. hochwertigen
Brenntorf,
über 4000 Wärmeeinheit, und aschenarm, in Kahn- und Waggonladungen liefert große und kleine Mengen ab hannov. Stat. Torfgewinnungs-Gesellschaft Arbergen, Busch u. Sollerbeck, Oldenburg i. Holstein. Tel. 77. Telegr.: Torfabs.

Wringmaschinen
repariert und setzt neue Walzen ein
Otto Sparmann, neben Walhalla. Fernspr. 6504.

Neue Blusen, Kopf 40-42, türk. Satin, zu verkaufen. Hermannstr. 30 II.

Commerz- u. Privat-Bank, Akt.-Ges., Filiale Halle a. S., Poststrasse 12 Tel. 1382, 1383, 1632 **Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.**
Aktienkapital und Reserven Mk. 250 000 000.—

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192010122-13/fragment/page=0006